

Zürich, im April 2024



Förderklassen: Drei Kantonsrätinnen wollen die Schule neu denken. **16–18**

# Zürcher Wirtschaft

**Fokus: Mobilität**

Und: Nutzfahrzeuge,  
Flottenmanagement

## KMU und die *E-Mobilität*

Immer mehr Zürcher KMU stellen ihre Fahrzeugflotte auf E-Mobilität um. Das wirkt sich nicht nur positiv auf die Umwelt aus, sondern kann auch betriebswirtschaftlich interessant sein und trägt zur Imagepflege bei. Viele Handwerksbetriebe sind aber noch skeptisch. **6/7**

Bild: zvg



Logistiklösungen könnten den bedrängten stationären Handel retten helfen. **5**

Gespräch mit dem streitbaren Ökonomen Reiner Eichenberger. **8–10**

Meinungen und Parolen zu den Abstimmungsvorlagen vom 9. Juni. **14/15**

Wie vereint Jürgen Klopp «Rezept für Leadership» Macht und Empathie? **27**

### Zitat des Monats

«Unser Problem ist nicht der globale Klimawandel, sondern global schlechte Politik.»

Reiner Eichenberger  
Ökonom und Professor

Anzeige

**Baustoffe.**  
Eberhard  
Pioniere in Bau und Umwelt

## KGV-Präsidentenkonferenz

Im Zentrum der KGV-Präsidentenkonferenz vom 19. März stand diesmal nicht die Politik, sondern zwei eher technische, aber für KMU sehr wichtige Themenfelder: Das neue Vergaberecht (IVöB) und eine niederschwellige Lösung zur IT-Sicherheit für kleine KMU.

Markus Bischof, CEO der Bischof Consulting Services (Biscons), stellte seine niederschwel-

lige Lösung für kleine KMU vor, die auf dem Virenschutz von Microsoft Team basiert und die Pilotphase durchlaufen hat.

Die neue IVöB ist im Kanton Zürich seit Oktober 2023 in kraft, für viele noch ein Buch mit sieben Siegeln. Eine vom KGV beauftragte Expertin erklärte die Verfahrensarten und wies auf die Änderungen und Stolpersteine hin. **23/28**

Anzeige

**BusPro**  
Das Business-Programm  
BusPro ist Kunden- und Lieferanteninfo, Auftrag, Lager, Buchhaltung, Lohn  
[www.buspro.ch](http://www.buspro.ch)

INHALT

Im Brennpunkt

Logistiklösungen machen das Einkaufen attraktiver KMU setzen vermehrt auf Elektrofahrzeuge 5  
 Interview: «Wir werden die E-Flotte weiter ausbauen» 6  
 Auf der Suche nach Kostenwahrheit 7

Politik & Wirtschaft

Zwei teure Gesundheitsvorlagen mit Nebenwirkungen 14  
 Breite Allianz fürs Stromgesetz 14  
 Kantonsrats-Ecke: Teure Bauauflagen und ein Versuch, Kleinklassen wieder einzuführen 15

Bildung

Förderklasseninitiative: «Aktuell wird gegen unten nivelliert» 18  
 «This Priis» an Grossbäckerei 19  
 MBA: Lehrstellen fördern = Berufsvielfalt fördern 20

In eigener Sache

KGV-Präsidentenkonferenz: IT und Vergaberecht 23  
 Auf Erkundungstour im Abfallgeschäft 25

Ratgeber

Spielregeln des neuen Vergaberechts 28  
 Stolpersteine beim Testament 29

Kolumnen

Ludwig Hasler 27  
 Der Wadenbeisser 30  
 Barbara Rüttimann 11  
 Pascal Coffez 13

Publireport

E-Mobilität: ein Gewinn 12  
 Altersvorsorge: mehr Ertrag 22  
 Investitionen, die sich lohnen 24

# Mobilität als Schlüssel zur Wirtschaftsleistung

Wirtschaftliche Prosperität braucht Mobilität. Ein Blick in die Statistik ist beeindruckend. Der Kanton Zürich verfügt über ein Strassennetz von 7200 Kilometern, ein öV Netz von 5117 Kilometern mit 2708 Haltestellen. Der Flughafen Zürich fliegt 200 Destinationen weltweit an. Im Schnitt legt ein Einwohner im Kanton Zürich 29 Kilometer pro Tag zurück. 73 % besitzen ein oder mehrere Autos. Der Modalsplit liegt bei 62 % zu Gunsten des motorisierten Individualverkehrs gegenüber 27 % des öV.



Thomas Hess  
Geschäftsführer KGV

30 000 Staustunden

Diese leistungsstarke Infrastruktur ist ein zentraler Faktor für die Standortattraktivität und für die Wettbewerbsfähigkeit der Zürcher Volkswirtschaft. Klar ist, dass diese Infrastruktur verstärkt an ihre Kapazitätsgrenzen gelangt. So kam es 2022 auf dem Strassennetz zu 30 000 Staustunden, was geschätzte volkswirtschaftliche Kosten von 1.8 Milliarden nach sich zieht. Rund zwei Drittel der Verkehrsüberlastung fällt dabei im Grossraum Zürich an. Das Verkehrsaufkommen wird durch die steigenden Mobilitätsansprüche auch inskünftig zunehmen. Die Frage ist also nicht, ob es Mobilität braucht, sondern wie wir hierfür die Infrastruktur sicherstellen. Aktuell wichtig ist dabei der nächste Ausbauschritt für die Nationalstrassen, über den das Schweizer Stimmvolk im Herbst abstimmt.

Verkehr im Schulzimmer

Viel Verkehr herrscht auch in unseren Schulzimmern. Eine Vielzahl an Lehr-, Erziehungs- und

Therapiefachkräften sorgen für Unruhe in den Primarklassen. Das integrative Schulsystem kümmert sich heute primär um die schulisch sehr schwachen Kinder und um die verhaltensauffälligen Schüler im selben Klassenzimmer. Das Gros der Schüler und deren Bedürfnisse werden zu oft vernachlässigt. Die KMU-Wirtschaft ist je länger desto mehr unzufrieden mit dem Leistungsvermögen und dem Ausbildungsniveau der Auszubildenden. Bei Lehrbeginn bestehen oftmals Defizite beim Rechnen und Schreiben. Deshalb unterstützt der KGV die Förderklasseninitiative. Diese verlangt die Wiedereinführung der heilpädagogisch geführten Förderklassen/Kleinklassen im Kanton Zürich. So wird man den

verschiedenen Ansprüchen gerecht: Der grosse Teil der Schülerschaft erhält die uneingeschränkte und notwendige Aufmerksamkeit des Lehrers zurück, um sich den elementaren Lerninhalten zu widmen. Da keine zusätzlichen Erziehungs- und Therapiefachkräfte im Klassenzimmer sind, herrscht dort mehr Ruhe. Die Schüler mit besonderem Bedarf werden in einer heilpädagogisch geführten Kleinklasse unterrichtet. Ziel dabei ist, dass diese dereinst in eine Regelklasse wechseln können.

Was ist zu tun? Es braucht 6000 Unterschriften, damit die Zürcher Stimmbevölkerung über die Förderklassen-Initiative abstimmen kann. Deshalb beigelegten Bogen ausfüllen und unterschreiben. Damit in der Schule künftig weniger verkehrt läuft!

Mehr dazu auf den **Seiten 16–18**.



Wir gratulieren der Bertschi Bäckerei zum Brotkorb AG zum This-Priis 2024.

## Herzliche Gratulation!

### Bertschi Bäckerei zum Brotkorb AG gewinnt den IV-Arbeitgeber-Award 2024

Mit dem This-Priis machen wir Ihr Zürcher Unternehmen und Ihr Engagement für die berufliche Integration sichtbar. Erzählen Sie uns, wie Ihr Unternehmen Menschen mit Handicap den Berufseinstieg oder Wiedereinstieg ermöglicht.

Der This-Priis ist ein Engagement der SVA Zürich

**SVA Zürich**

Nominieren für 2025:

www.svazurich.ch  
/this-priis

Anzeigen

Ihr zuverlässiger Partner für Bauprojekte

**J. Wiederkehr AG**  
Bauunternehmung Dietikon  
Tel. 044 744 59 79  
www.wiederkehr-dietikon.ch  
info@wiederkehr-dietikon.ch

**VERLUSTE VERMEIDET MAN ONLINE**

Creditreform Egeli Zürich AG  
Binzmühlestrasse 13, 8050 Zurich  
info@zuerich.creditreform.ch  
Tel. +41 44 307 80 80  
www.crediweb.ch

**Creditreform**

**awesome.cloud**

Ihre IT-Infrastruktur in einer Stunde aufgesetzt!

Jetzt 7 Tage testen!

**awesome.cloud**

**Unsere Transportflotte ist für Sie unterwegs.**

toggenburger.ch/baustoffe



## eVito Aktion

ab CHF

# 399.-/Mt.\*

## Der eVito Kastenwagen.

Mit dem elektrisch angetriebenen Mercedes-Benz eVito transportieren Sie Frachten mit Leichtigkeit und klimaneutral.

Technische Daten zum eVito:

Bis zu  
**314 km**  
Reichweite<sup>1</sup>

ca.  
**35 min**  
Ladezeit<sup>2</sup>

Bis zu  
**6,6 m<sup>3</sup>**  
Laderaumvolumen



Mehr über den  
eVito Kastenwagen erfahren:  
[merbag.ch/evito-kastenwagen](http://merbag.ch/evito-kastenwagen)

# MERBAG

Van ProCenter



Mercedes-Benz Automobil AG in Ihrer Nähe:

**Schlieren** Goldschlächgrasse 19 · T 044 738 38 38 · [nfschlieren@merbag.ch](mailto:nfschlieren@merbag.ch) · [merbag.ch/nfschlieren](http://merbag.ch/nfschlieren)

**Wettingen** Otelfingerstrasse 44 · T 056 437 00 70 · [wettingen@merbag.ch](mailto:wettingen@merbag.ch) · [merbag.ch/wettingen](http://merbag.ch/wettingen)

**Wetzikon** Industriestrasse 11 · T 043 488 22 66 · [wetzikon@merbag.ch](mailto:wetzikon@merbag.ch) · [merbag.ch/wetzikon](http://merbag.ch/wetzikon)

<sup>1</sup>Die Reichweite wurde auf der Grundlage der VO 692/2008/EG ermittelt. Die Reichweite ist abhängig von der Fahrzeugkonfiguration, insb. von der Auswahl der Höchstgeschwindigkeitsbegrenzung. Die tatsächliche Reichweite ist zudem abhängig von der individuellen Fahrweise, Strassen- und Verkehrsbedingungen, Aussentemperatur, Nutzung von Klimaanlage/Heizung etc. und kann ggf. abweichen.

<sup>2</sup>In Verbindung mit der Sonderausstattung AC Laden 11 kW / DC Laden 80 kW. Minimale Ladezeit von 10 - 80 % unter optimalen Bedingungen an DC-Ladestation mit Versorgungsspannung 400 V, Strom mindestens 300 A. Die Ladezeit kann abweichen abhängig von verschiedenen Faktoren, wie z.B. Umgebungs- und Batterietemperatur und bei Einsatz zusätzlicher Nebenverbraucher, wie z.B. Heizung.

\*eVito 112 KA 3200 mm L Kasten, 116 PS (85 kW), Barkaufpreis: CHF 51 800.- (Fahrzeugwert CHF 73 800.- abzüglich CHF 22 000.- Merbag Preisvorteil). 1. grosse Rate: CHF 7108.-, Leasingrate ab dem 2. Monat: CHF 399.-. Angebot gültig solange Vorrat für ausgewählte eVito Neu- und Vorführfahrzeuge ab Lager. Inklusive Mercedes-Benz ServiceCare Complete. Ein Angebot der Mercedes-Benz Financial Services Schweiz AG. Leasingbeispiel: Laufzeit: 60 Monate, Laufleistung: 15 000 km/Jahr, eff. Jahreszinssatz: 1,28 %. Vollkaskoversicherung obligatorisch. Eine Kreditvergabe ist verboten, falls diese zu einer Überschuldung des Leasingnehmers führen kann. Änderungen und Irrtümer vorbehalten. Zwischenverkauf vorbehalten.

# Logistiklösungen machen das Einkaufen in der Stadt attraktiver

Onlineshopping und städtische Massnahmen gegen den Individualverkehr bringen den stationären Handel in Bedrängnis. Logistiklösungen könnten das Problem entschärfen.

Gerold Brütsch-Prévôt

Durch die zunehmende Verbannung der Autos aus den Innenstädten haben die Konsumentinnen und Konsumenten immer mehr ein Problem. Eine Kaffeemaschine oder einen Staubsauger mit Tram und Zug nach Hause zu transportieren ist nicht gerade angenehm. Dann doch lieber durch den Onlineshop klicken und sich die Geräte bequem nach Hause liefern lassen. Oder, für den stationären Handel noch schlimmer: Sich von den Fachleuten im Laden beraten lassen und dann zum günstigsten Preis online bestellen. Aber auch der Onlinehandel kommt zunehmend unter Druck, weil immer mehr Schweizerinnen und Schweizer im Ausland bestellen und zunehmend sogar auf chinesischen Plattformen – so entgehen dem einheimischen Markt über zwei Milliarden Franken Umsatz.

Das zeigt: Die Massnahmen der Stadtregierungen verändern das Einkaufsverhalten nicht. Die Konsumenten wechseln nicht aufs Lastenvelo und sind nicht bereit, schwere Güter durch die Strassen zu schleppen. Für die Läden in der Innenstadt sind weiterhin eine genügend grosse Anzahl an Gewerbestellen sowie Parkplätze für die Kundinnen und Kunden nötig, zudem müssen Lieferwege in und aus der Stadt gut zugänglich bleiben.

### Lösungen nur als Theorie

Gefragt sind aber auch logistische Lösungen, die sicherzustellen, dass die Einkäufe möglichst schnell zu den Wohnorten der Kunden gelangen können, um diesen sozusagen den Fünfer und das Weggli anzubieten: Das Einkaufserlebnis, die fachliche Beratung und die Hauslieferung innerhalb weniger Stunden.

«Dafür gibt es bereits eine Lösung, aber leider nur in der Theorie», sagt Jan Pfenninger, Leiter



Einkaufen muss auch in der Stadt attraktiv bleiben.

Bild shutterstock

Marketing und Kommunikation der Planzer Transport AG. Das sogenannte Shop & Drop-Konzept, das in dieser Zeitung bereits vor drei Jahren vorgestellt wurde, hat das Ziel, dass die Lieferung der Einkäufe wenige Stunden später an die Kundinnen und Kunden ausgeliefert würden. «Schwerere oder sperrigere Einkäufe in der Innenstadt werden nach dem Bezahlen im Geschäft deponiert und durch dieses über ein Portal zur Abholung angemeldet. Die Kunden signalisieren das Ende ihrer Einkaufstour digital, woraufhin ein Paketservice die Artikel abholt und mit weiteren Gütern aus zentralen Lagern kombiniert», ergänzt er. Der nächste Schritt wäre nun, dass jemand den Lead übernimmt und die Interessen des Gewerbes, den Ladenbesitzern, dem Detailhandel und der Stadt koordiniert.

### Online nicht nur Konkurrenz

Dominique Zymont, Geschäftsleiter der Cityvereinigung Zürich, sieht Onlineshopping nicht unbedingt nur als Konkurrenz, sondern als auch Ergänzung des Angebotes des stationären

Detailhandels. «Offensichtlich ist, dass Ladengeschäfte eine persönlichere und emotionalere Umgebung bieten als digitale Kanäle. Viele Menschen schätzen nach wie vor, wenn sie Produkte begutachten oder probieren können», meint er. Vielfach würden hier stationäre und digitale Kanäle verschmelzen. Die Bedürfnisse nach Lieferlösungen vom Ladengeschäft bis an die Haustüre seien sehr unterschiedlich. Für weitergehende Ansätze der koordinierten Paketlogistik vom Ladengeschäft zu den Kunden nach Hause fehle offenbar die Nachfrage. Deshalb sei er eher skeptisch, ob sich eine weitere Koordination der städtischen Logistik auf dem politischen Weg durchsetzen liesse.

### Roboter nicht geplant

Müssten im Rahmen der digitalen Transformation nicht bald Roboter und autonom gesteuerte Fahrzeuge, klug gesteuert durch künstliche Intelligenz, die Lieferungen übernehmen? Jan Pfenninger winkt ab: «Gegenüber einem Einsatz von Robotern für Lieferungen sind wir skeptisch und planen aktuell keine Projek-

te.» Es werde noch lange dauern, bis Roboter und autonom fahrende Fahrzeuge eine wesentliche Rolle in der City-Logistik spielen könnten. Im Bereich des vollautomatisierten Fahrens starte aber bald ein länger dauerndes Pilotprojekt. Und im Flottenmanagement werde künstliche Intelligenz von anderem für die Simulation von verschiedenen Verkehrssituationen genutzt, um die optimalen Routen festzulegen.

### Unterschiedlichste Interessen

Die Ansprüche, die an dieses Konzept gestellt werden, sind hoch und es muss verschiedenste Interessen berücksichtigen. Ladenbesitzer und Dienstleister sind auf eine lückenlosen Versorgung angewiesen, Stadtbewohner wollen möglichst wenig Lärm und Emissionen, Transportunternehmen wiederum wollen effizient arbeiten, ihren CO<sub>2</sub>-Fussabdruck reduzieren und wettbewerbsfähig bleiben. Und den politischen Mehrheiten in den Städten ist das Auto ein Dorn im Auge – egal ob es mit Treibstoff oder einer Batterie betrieben wird – und bauen möglichst viele Parkplätze ab.

Bis solche zukunftsgerichteten Konzepte umgesetzt werden können, gilt es in der derzeitigen Situation, die Möglichkeiten zu nutzen, Transporte in den Agglomerationen nachhaltiger und effizienter durchzuführen. Auch die Planzer Transport AG arbeitet an diesen Lösungen. «Letzten Sommer waren wir mit einem elektrischen Zustell-Kleinfahrzeug mit Wechselbox-Aufbau und Anhänger in den schmalen Gassen der Zürcher Innenstadt unterwegs, um Pakete auszuliefern. Der Pilotbetrieb war erfolgreich und wir werden das Projekt weiterentwickeln», sagt Jan Pfenninger. Seine Vision sei aber nach wie vor, das Shop & Drop-Konzept umzusetzen – ergänzt mit vollautomatisiertem Fahren.

# KMU setzen auf Elektrofahrzeuge

Immer mehr Zürcher KMU stellen ihre Fahrzeugflotte auf E-Mobilität um. Das wirkt sich nicht nur positiv auf die Umwelt aus, sondern ist auch betriebswirtschaftlich interessant und trägt nicht zuletzt zur Imagepflege bei. Viele Handwerksbetriebe sind aber noch skeptisch.

Anna Birkenmeier

Die Stadt Zürich macht es dogmatisch vor, aber auch viele KMU handeln und setzen aus Eigeninitiative auf E-Mobilität: 2022 hat die Stadt beschlossen, dass bis 2035 ihre gesamte Fahrzeugflotte – bis auf wenige Ausnahmen – nur noch mit alternativen Energien betrieben werden soll. Inzwischen sind rund 30 Prozent ihrer Fahrzeugflotte elektrisch. Zuletzt hat sich die Stadt 26 vollelektrische Abfallsammelfahrzeuge gesichert. Die Fahrzeuge sollen bis 2027 ausgeliefert werden.

Nicht nur die Stadt Zürich, sondern auch immer mehr KMU setzen auf E-Mobilität. So zeigen etwa Zahlen von «Statistik Stadt Zürich»: Jeder zehnte in der Stadt Zürich gemeldete Personenwagen in Firmenbesitz ist ein Elektrofahrzeug (3026 von insgesamt 30 047 Firmenautos). Bei den Privatwagen sind es gerade mal 2,8 Prozent (2964 von insgesamt 104 554).

## Kompletter Umstieg

Zuletzt machte etwa die Solothurner Solarfirma Helion Schlagzeilen – sie stellte ihre gesamte Nutzfahrzeugflotte auf elektrisch um. Mit 100 E-VW-Transportern betreibt Helion nun eine der grössten E-Nutzfahrzeug-Flotten der Schweiz. Aufgrund der kurzen Distanzen zwischen den Ballungsgebieten und dem dichten Schnellladenetzen seien Elektroautos hervorragend für betriebliche Flotten geeignet, betont Noah Heynen, CEO von Helion. Denn: «Das Wichtigste ist, stets den Blick für das langfristige Ziel zu behalten: die Energiewende schaffen und damit den Klimawandel stoppen.» Helion plane deshalb mit dem Umstieg auf eine E-Flotte rund 300 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr einzusparen – das Erreichen normalerweise rund 24 000 Bäume. «Damit leisten wir unseren Beitrag zur Erreichung der Klimaziele und übernehmen als



Das vollelektrische VW-Büssli von Elektro M+C ist ein Eyecatcher und lohnt sich auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht.

Unternehmen Verantwortung», sagt er. Ähnlich tönt es bei der in Zürich ansässige Gebäudeunternehmensfirma ISS. Sie setzt sich ein Netto-null-CO<sub>2</sub>-Ziel aus ihrer direkten Geschäftstätigkeit. Für die Fahrzeugflotte heisst das: bis 2030 die gesamte Flotte elektrifizieren. Noch in diesem Jahr sollen 50 Prozent aller neu gekauften Autos einen E-Antrieb haben. Die ISS-Flotte, die gesamthaft in der Stadt Zürich gemeldet ist, zählt rund 1700 Fahrzeuge, 10 Prozent davon seien schon E-Fahrzeuge,

für 2024 seien weitere 120 elektrifizierte Fahrzeuge in Bestellung.

## Auch finanzieller Nutzen

Im Vordergrund einer Umstellung auf E-Fahrzeuge steht für KMU der ökologische Aspekt. Aber rechnet sich eine Umstellung auf E-Mobilität auch finanziell? Noah Heynen sagt klar Ja. «Der Umstieg auf eine E-Nutzfahrzeug-Flotte lohnt sich auch betriebswirtschaftlich – insbesondere bei einer hohen Jahreskilometerleistung.» Trotz der getätigten Investi-

tionen rentiere die neue E-Nutzfahrzeug-Flotte, verglichen mit einer fossilen Fahrzeugflotte, bereits nach rund einem Jahr.

Allerdings zeigt eine Umfrage unter Handwerksbetrieben auch: die Bedenken, dass der tägliche Betrieb mit E-Nutzfahrzeugen reibungslos funktionieren könnte, nach wie vor gross. Befürchtet wird, dass die Reichweite nicht ausreicht, die Ladezeiten zu lang sind und währenddessen die Fahrer von E-Lieferwagen die Zeit untätig verbringen müssen.

## INFO

### Herausforderungen für KMU bei der Nutzung von E-Fahrzeugen

Bei elektrischen Nutzfahrzeugen müssen – wie bei E-Lieferwagen – besondere Herausforderungen beachtet werden:

- E-Fahrzeuge können aufgrund ihrer Batterien eine geringere Nutzlast haben, was sich auf die Transportkapazität auswirken kann.
- Die Beladung der Fahrzeuge kann Auswirkungen auf den Verbrauch und somit die Reichweite haben. Die Reichweite wiederum ist entscheidend, um Lieferungen pünktlich zu erledigen. Planung und Ladestrategien sind zentral.
- Für elektrische Nutzfahrzeuge ist eine zuverlässige Ladeinfrastruktur entscheidend, da eine solche Flotte in der Regel intensiver genutzt wird.
- Tagesüber kann die Ladezeit bei Nutzfahrzeugen oft zu «stehenden» Technikern führen. Denn im Vergleich zu Personenwagen und Aussendienstlern kann ein Techniker die Ladezeit weniger gut als Arbeitszeit nutzen.

# «Werden die E-Flotte weiter ausbauen»

Nachgefragt bei David Calò, Geschäftsführer der Firma Elektro M+C. Das Unternehmen gehört zur Baumann Koelliker Gruppe.

## Interview

Anna Birkenmeier

Sie haben inzwischen 5 Ihrer 32 Fahrzeuge auf E-Mobilität umgestellt. Weshalb?

**David Calò:** Wir sind ein Elektrounternehmen und da ist es naheliegend, dass wir E-Mobilität fördern. Zugleich versuchen wir unser Umweltbewusstsein umzusetzen, wo immer es möglich ist. Die Umstellung auf E-Mobilität war denkbar einfach.

Zugleich ist insbesondere Ihr E-VW-Büssli ein Blickfang. Welche Rolle spielt die Umstellung auf E-Mobilität fürs Image?

**Calò:** Sicher ist auch Marketing dahinter, wir schaffen damit Aufmerksamkeit. Auch medial. Aber das ist definitiv nicht der Haupt-

grund für die Umstellung. Vielmehr verkörpern die Elektrifizierung und der ökologische Aspekt unsere Werte.

Und nicht zuletzt lohnt es sich auch finanziell?

**Calò:** Die Anschaffungskosten unserer E-Fahrzeuge waren zwar etwas höher, aber die Betriebskosten sind niedriger. Ebenso sind die Wartungs- und Verschleissumfänge geringer. Optimal ist natürlich, wenn Ladestationen mit Solaranlagen kombiniert werden.

Wird E-Mobilität vom Kanton finanziell unterstützt?

**Calò:** Ja, der Kanton setzt sich für eine umweltfreundliche Mobilität ein und hat dafür einen Kredit von 50 Millionen Franken gesprochen. Seit April 2023 fördert

er damit Ladesysteme für Elektroautos mit einem spezifischen Programm.

Welches sind die derzeit grössten Knackpunkte bei der Umstellung auf E-Fahrzeuge?

**Calò:** Die Ladestationen sind die wohl grösste Herausforderung. In und um die Stadt Zürich gibt es noch zu wenige Parkplätze mit Lademöglichkeiten. Diese werden derzeit aber fortlaufend erweitert. Unsere Mitarbeitenden laden ihr Fahrzeug aktuell über Nacht zu Hause. Was allerdings auch bedeutet: Wer keine Lademöglichkeiten zu Hause hat, kann dementsprechend auch nicht auf ein E-Fahrzeug umsteigen.

Werden Sie Ihre E-Fahrzeug-Flotte weiter ausbauen?

**Calò:** Ja, diese wird nach und nach erweitert.

Welche Tipps haben Sie für KMU, die auf eine Elektroflotte umstellen möchten?

**Calò:** Wichtig ist es, die angesprochenen Punkte zu analysieren. Kann das Fahrzeug in der Firma geladen werden? Hat der Mitarbeiter die Möglichkeit, zu Hause das Auto zu laden? Könnte bei Abgang des Mitarbeiters das Auto intern weitergegeben werden? ■



David Calò ist Geschäftsführer der Firma Elektro M+C. Das Unternehmen gehört zur Baumann Koelliker Gruppe.

Anzeige



## Flottenmanagement nach Mass – wir beherrschen unser Handwerk

movon AG – Ihr Partner für individuelle Mobilitätslösungen.

Bei Movon finden Sie nachhaltige und innovative Konzepte, die auf die Bedürfnisse Ihres Unternehmens zugeschnitten sind. Von der Fahrzeugfinanzierung über Full-Service-Leasing und Wartungsverträge bis hin zu Versicherungen, Tank- und Ladelösungen.



Steigen Sie jetzt um!

[www.movon.swiss](http://www.movon.swiss)

Eine Tochtergesellschaft der AMAG Leasing AG und Volkswagen Financial Services.

# Auf der Suche nach Kostenwahrheit

Kaum ein Schweizer Ökonom kommt in den deutschsprachigen Wirtschafts- und Printmedien so häufig zu Wort wie Reiner Eichenberger. Seine Thesen polarisieren. Höchste Zeit also, dass auch die «Zürcher Wirtschaft» ihn um eine Audienz bittet.

Mark Gasser

Idyllische Hanglage, malerischer Blick über den Zürichsee, aufblühender Frühling: Man versteht, warum Reiner Eichenberger hier zu Hause an schönster Lage in Feldmeilen sein Osterwochenende verbringt. Doch nicht alles ist Gold, was glänzt. Auch wenn Wegfahren – mit dem Cabrio, versteht sich – keine Option ist: Getrübt wird die Idylle im Sommerhalbjahr durch Ausläufer dessen, was er den «hoch subventionierten städtischen Lebensstil» nennt – finanziert teils durch ungerechtfertigte Abgeltung von «Zentrumslasten» im kantonalen Finanzausgleich.

Gerade das Thema Lärm und die Beschallung durch laute Partymusik auf öffentlichen und privaten Schiffen bringen den Ökonomen in Fahrt. «Es ist abstrus, welchen Unterschied die Politik beim Thema Lärm macht: Beim Autolärm ergreift sie teuerste Massnahmen und schränkt den Verkehr ein. Aber in anderen Bereichen ist sie völlig nachlässig.» Bei den Schiffen sei die Bewilligungspraxis besonders ärgerlich, «denn die Schifffahrt ist hochsubventioniert».

## Das Mantra: Kostenwahrheit

Und schon sind wir mitten in zwei seiner Kampftemen: Wie der aufgeblähte Fürsorgestaat die Kostenwahrheit verletzt und seine Klientel subventioniert. Die 13. AHV-Rente oder die Uferinitiative, wobei letztere dann klar scheiterte, zeige die Geisteshaltung: «In der Politik wollen viele auf Kosten anderer leben und tun es auch. Das führt zu schrecklicher Ineffizienz. Deshalb streben ich und meine Mitarbeiter in allen wichtigen Fragen möglichst Kostenwahrheit an.»

Überall die Kostenwahrheit herauszurechnen – in diesem zentralen Grundsatz sieht Eichenberger den Treiber vernünftiger Abwägung von Kosten und Nut-



Reiner Eichenberger auf seiner Veranda mit Blick auf den (viel befahrenen) Zürichsee in Feldmeilen. Bilder M. Gasser

zen bzw. Vor- und Nachteilen. «Die Verkehrsteilnehmer reagieren erst dann auf die von ihnen verursachten Kosten, wenn sie sie selbst tragen müssen. Das gilt für ihr Verkehrsverhalten genauso wie für ihre politischen Forderungen

**«In der Politik wollen viele auf Kosten anderer leben und tun es auch. Das führt zu schrecklicher Ineffizienz.»**

Reiner Eichenberger  
Ökonom und Professor, Zollikon

gen. Wer die Kosten nicht trägt, fordert politischen Unsinn.»

Dieser Überzeugung entsprang auch 2018 seine These, zu der er heute noch steht: Der Veloverkehr verursache pro Personenkilometer höhere Kosten als der Autoverkehr. Das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) bezichtigte er gar des Schwindels, weil es dem

Velofahren einen «beträchtlichen Gesundheitsnutzen für die Allgemeinheit» zusprach. «Diesen Streit, meine ich, habe ich gewonnen, so signalisierten es mir auch Stimmen aus dem Amt», ist Eichenberger heute überzeugt. Eini-

ge Ökonomen, das ARE selber und Litra, ein Verein, der sich für den öffentlichen Verkehr einsetzt und dessen 50-köpfiger Vorstand zur Hälfte aus National- und Ständeräten aller Parteien besteht, sahen das anders. Litra bezeichnete Eichenbergers Berechnungen als «akademische Sandkastenspiele».

Verschiedene Annahmen, die das ARE bei der Berechnung der externen Kosten der Verkehrsmittel (darunter Lärm, lokale Umweltschäden, Strassenabnutzung und Unfallschäden) getroffen hatte, waren aus Eichenbergers Sicht falsch: Es sei ein viel zu hoher Gesundheitsnutzen errechnet worden. Bei den vielen Guttrainierten, die viele Kilometer fahren, sei der Grenznutzen jedes zusätzlichen Kilometers für die Gesundheit kleiner. Auch Subventionen fürs Velo oder für den öffentlichen Verkehr fänden nicht Eingang in gängige Kostenberechnungen. «Sonst wäre die Bilanz noch viel schlimmer, weil das Velo die Infrastruktur nicht mitzahlt im Gegensatz zum Auto.»

Wenn hingegen das Velo tatsächlich für die Gesundheit genutzt werde, dann benötige es sehr viel Energie. «Das Velo fährt ja nicht mit Benzin – und Lebensmittel haben einen grossen CO<sub>2</sub>-

Fussabdruck. So gerechnet, ist Velofahren auch vom CO<sub>2</sub> her ein ganz schlechtes Verkehrsmittel.» Und die Nahrungsmittel als CO<sub>2</sub>-Äquivalente einzurechnen, sorgte dann für den grossen Shitstorm. Eichenberger zeigte in einer Präzisierung in der «Handelszeitung» anhand von WWF-Daten auf, wie ein Velokilometer in normalem Tempo 60 Gramm CO<sub>2</sub> verbrennt – die Hälfte der Emissionsvorgabe für Autos von 120 Gramm CO<sub>2</sub> pro Autokilometer. «Wer wie das Amt sagt, Velofahren bedeute zusätzliche Bewegung, muss auch die zusätzliche Energie und CO<sub>2</sub> berücksichtigen. Wer das aber nicht tut, nimmt an, das Velo sei ein Perpetuum mobile. Das illustriert, worauf unsere Energiepolitik baut.»

Den Wohlstand verdanken wir grossenteils der direkten Nutzung fossiler Energien, findet Eichenberger. «Denn der indirekte Weg mit dem Einsatz fossiler Energien zur Produktion von Lebensmitteln zur Fütterung von Tieren und Menschen ist hoffnungslos ineffizient.» Wieder gelte: «Solange andere für die Infrastruktur zahlen müssen, hat man die verrücktesten Ideen. Mehr Kostenwahrheit und Disziplinierung gäbe einen viel besseren politischen Diskurs.» Bei voller Kostenwahrheit für Auto und ÖV – also wenn die Verkehrsteilnehmer alle von ihnen verursachten Kosten selbst zahlen würden – würde der Staat um rund 23 Milliarden Franken entlastet. «Dann könnten wir die Mehrwertsteuer aufheben und die Grenzen für den freien Import aller legalen Güter öffnen. Dann, so Eichenbergers Schlussfolgerung, «würde die Schweizer Preisinsel implodieren und der Wohlstand explodieren.»

## Staatliches Wirtschaftsdoping

Die Schweiz kranke an alloseitigem Wirtschaftsdoping: «Die Tiefzinspolitik und die Wechselkursstützung waren Subventionen für Exporte, Arbeitsplätze und Zuwanderung. Die Kosten davon sind die riesigen Währungsverluste der Nationalbank.» Der Schweizer Franken sei nie überbewertet gewesen, was sich im stetigen Schweizer Exportüberschuss zeige – innereuropäisch der höchste pro Kopf und Bruttoinlandspro-

dukteeinheit. Es sei schlimm, dass gerade Wirtschaftsvertreter der FDP «ökonomisch so halt- und orientierungslos» redeten. Bereinigung in jeder Branche sei erlösend: Wenn die relativ unproduktiven Firmen Fachkräfte freustellen, sei das eine Wohltat für alle anderen Firmen.

Das ist der Liberalismus von Reiner Eichenberger: frei von Subventionitis und Interventionismus, der Markt als bereinigende Kraft. Statt seinem Jugendtraum zu folgen und Zoodirektor zu werden, entschied sich Eichenberger, der 1998 in Freiburg mit jungen 37 Jahren zum Professor

**«Das Velo fährt ja nicht mit Benzin – und Lebensmittel haben einen grossen CO<sub>2</sub>-Abdruck. So gerechnet, ist Velofahren auch vom CO<sub>2</sub> her ein ganz schlechtes Verkehrsmittel.»**

berufen wurde, für die Wirtschaftswissenschaften. Wer Nachhaltigkeit wolle, müsse nicht Umweltwissenschaft, sondern Ökonomie studieren, sagte er einmal gegenüber der «Republik».

## Kurtaxen und Vielarbeitsabzug

Eichenberger ist ein ökonomischer Hansdampf. Er äussert sich lautstark und effektiv zu Migrations-, Mobilitäts-, Steuer- oder Gesundheitspolitik während Corona. So belegte er im Ranking der einflussreichsten Ökonomen der NZZ jeweils den zweiten Platz. Seine Thesen sind oft originell, aber politisch umstritten: etwa der Vorschlag, eine Art Kurtaxen zu erheben, um die Migration zu drosseln und die Sozialwerke zu stärken. Oder der steuerliche Vielarbeitsabzug: Wer länger als die Referenzarbeitszeit, zum Beispiel 34 Wochenstunden, arbeitet, kann pro Stunde Mehrarbeit 30 oder 40 Franken abziehen. «Die einzig wirksame Lösung für den Fachkräftemangel wären Lohnerhöhungen. Aber weshalb steigen die Löhne nicht? Ein Grund sind die Steuern.» Die Abgaben an Staat und AHV machten Lohnerhöhungen schon beim Medianeinkommen (um 100 000 Franken) höchst unattraktiv: 40 Prozent des zusätzlichen Lohnes gehen an den Staat. Wer aber bei gleichem Lohn weniger wie bisher arbeitet,

könne den ganzen Vorteil für sich behalten. «Nichts geht an den Staat.» So sei der Vielarbeitsabzug ein Versuch, die hohe steuerliche Belastung zusätzlicher Arbeit zu entlasten, sodass es wieder attraktiv wird, mehr zu arbeiten.

Der Vorschlag wurde von Politikern abgelehnt mit der Begründung, er widerspreche dem Verfassungsgrundsatz der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. «Erstens steht dieser nicht so apodiktisch in der Verfassung, und zweitens steht nicht, dass die Leistungsfähigkeit nur in Geld gemessen wird – Leistungsfähigkeit umfasst auch die

knappes Ressource Zeit.» Aber Politik sei halt «geldsüchtig».

Nach der absehbaren Plünderung der AHV werden wir erst recht nicht umhinkommen, auch Pensionierten das Arbeiten zu versüssen, findet Eichenberger. Als Lösung stellte er an der sgv-Winterkonferenz das Modell «SAFE-AAA» vor: Sicherung der Altersvorsorge durch freiwillige Erwerbsarbeit im Alter dank Anreizen. Bei Rentenaufschub müsste die arbeitende Person Beitragsrabatte erhalten, statt steuerlich abgestraft zu werden. «Ich empfahl der Jungen FDP diese Lösung. Die wollten sie nicht. Stattdessen kamen sie mit einem Zwangsmodell: Jeder sollte gezwungen werden, länger zu arbeiten. Lustige Liberale.» Das Resultat der Renteninitiative ist bekannt.

Das Steuersystem, das Grenzeinkommen übermässig belastet, mache es für ältere, bereits pensionierte Menschen unattraktiv, zu arbeiten. Aber weil die Periode des Rentenalters überproportional zum Lebensalter wächst, «werden wir mehr arbeiten müssen», ist für Eichenberger klar. Der Vorschlag von Eichenberger und seinem Team: eine Halbbesteuerung des Arbeitseinkommens nach der Pensionierung – bis zu einer Freigrenze von beispielsweise 200 000 Franken. Jemand, der einen Lohn von

85 Prozent im Vergleich zu den Vorjahren erhält, hätte so netto mehr Geld im Portemonnaie, als er vorher bei 100 Prozent hatte. «Die Steuern sind, wenn man das 65. Altersjahr erreicht hat, eine totale Behinderung der Arbeit.»

Doch ist die Idee, länger zu arbeiten, aktuell nicht chancenlos? Erst recht, wenn man bedenkt, dass jede Reform im Rentenbereich Jahre oder Jahrzehnte braucht. «Man darf nicht verzagen. Zudem ist es mein Businesscase, solche Vorschläge zu machen.» Doch für ihn mehr als ein Wermutstropfen: Wenn Politiker den Vorschlag aufnahmen, sei er für den Wissenschaftler verloren. «Denn Politiker zitieren nicht und erklären den Vorschlag zu ihrem eigenen.» So forderte er 2013 die Dezentralisierung der Zürcher Gymnasien zur Reduktion der Kosten und der Pendlerströme – die Hälfte der ÖV-Nutzer während Stosszeiten sind je nach Region Schüler. Nun entstehe auf dem Areal der alten chemischen Fabrik Uetikon, auf 35 000 Quadratmetern direkt am See auf wertvollem Land aus seinem Sparvorschlag, «die teuerste Schule der Welt» inklusive teuren Provisoriums in der Landwirtschaftszone. Das sei eine Pervertierung seiner ursprünglichen Idee. Er ärgert sich auch allgemein über die vielen staatlichen Immobilien am See, die «ganz lausig» genutzt würden.

Unter den Ideen, die von den Medien oft wegen deren Empörungspotenzial aufgenommen werden, finden sich also auch Anregungen, die tatsächlich in die

Fortsetzung auf Seite 10

## ZUR PERSON



## Reiner Eichenberger

Der 63-Jährige ist Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg i. Ü. und Forschungsdirektor des Center for Research in Economics, Management and the Arts, Zürich (Crema).

Fortsetzung von Seite 9

**Auf der Suche nach Kostenwahrheit**

Politik gelangen. Beim Thema Zuwanderung wirft er der gut organisierten Wirtschaft unter dem Dach von Economiesuisse und Arbeitgeberverband vor, dem Trend zu erliegen, den Nutzen zu privatisieren und die Kosten und die Nachteile der Allgemeinheit aufzubürden. «Die Firmen, welche die Zuwanderung unterstützen, profitieren: Besser, günstiger, schneller kommen sie zu Arbeitskräften – zumindest für den Moment.» Der Nutzen sei jedoch, gemessen an den Kosten, relativ klein: Verknappung von Land, Infrastruktur, Umweltgüter, und sie laufe allen Selbstversorgungszielen entgegen.

«Die Zuwanderung bringt nur Breitenwachstum.» Aber sie bringe eben auch Vitamin 3B – «Budget, Bedeutung, Boni» – für die «Spezi-

**«Unser Problem ist nicht der globale Klimawandel, sondern global schlechte Politik.»**

**Reiner Eichenberger**  
Ökonom und Professor

albürger», wie er sie nennt: die Politiker, Präsidenten der Spitzenverbände und Spitzenmanager von Grosskonzernen wie Detailhändler und Banken. Das Ziel, bis 2050 netto-Null CO<sub>2</sub> zu erreichen, werde durch die stetige Zuwanderung ausserdem immer schwieriger erreichbar beziehungsweise unerreichbar. Denn die zusätzlichen Emissionen müssten vollständig in der Schweiz reduziert werden. «Das wird wahn-sinnig teuer.» Eine zusätzliche Tonne zu reduzieren, koste wohl 500 bis 1000 Franken. Bei 4 Tonnen pro Zuwanderer wären das 2000 bis 4000 Franken – jährlich.

Die Personenfreizügigkeit brachte der Schweiz mehr Zuwan-



«Die Zuwanderung bringt nur Breitenwachstum», findet Reiner Eichenberger.

derungsdruck als erwartet. Lässt sie sich also mit ökonomischen Anreizen lenken? Bei höheren Kosten als Nutzen für die Allgemeinheit und ohne Chance auf Kontingente müsse die Zuwanderung zurückgedrängt und vernünftig gelenkt werden. Seine Lösung: eine Abgabe analog zur Kurtaxe, die man entsprechend der Zeit bezahlt, während der man hier ist – zusätzlich zu den Steuern und den Abzügen, die nicht reichen, um die Kosten zugewanderter Arbeitnehmer zu decken.

**Schlechte Politik schadet Klima**

Eichenberger monetarisiert natürlich nicht nur Menschen und ihre Umweltbilanz, sondern auch die Klimaschäden (inklusive Klimaopfer und Klimaziele).

Demnach würden die Schäden in der Schweiz gemäss einer Studie der ETH Lausanne bis zum Jahr 2060 rund 0,43 Prozent des jährlichen BIP und bis 2100 rund 2 bis 6 Prozent betragen. (Umstritten ist allerdings, wie stark das Klima die Wachstumsrate senken wird.) «Aber bis dann haben wir mit den gleichen Prognosemodellen ein Wachstum des

40 Dollar pro ausgestossener Tonne CO<sub>2</sub> geschätzt, danach leicht steigend. Wenn man die gesamten Schweizer Emissionen einrechne, wäre man heute bei 1,6 bis 2 Milliarden Franken. «Das ist nichts», findet Eichenberger. Das wäre gemäss Nordhaus ein optimaler Preis im Sinne des Verlusts von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Nutzen hinsichtlich Reduktion der Klimaschäden. Die globale Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Preise bräuchte allerdings viel politischen Willen und – so wie jede Klimapolitik – die Koordination aller Länder. «Nur dann hätte eine solche CO<sub>2</sub>-Steuer hinreichend Impact auf die Entwicklung der Technologie», findet auch Eichenberger zur Lenkungsabgabe. Da die grössten CO<sub>2</sub>-Emittenten keine allgemeine Abgabe wollten, brauche es ein Vorbild, das die Strategie vorlebe. Deshalb solle die Schweiz eine ausnahmslos für alle geltende CO<sub>2</sub>-Steuer einführen, dafür alle anderen Fördertöpfe, Quersubventionierungen und Regulierungen für grüne Technologien und Klimamassnahmen senken oder abschaffen. «Dadurch würde sofort klar: Die Einwände gegen Kostenwahrheit sind Unsinn, und die Strategie könnte sich endlich durchsetzen. Unser Problem ist nicht der globale Klimawandel, sondern global schlechte Politik.»

Bei so vielen Ideen mit politischem Sprengstoff und einer so kritischen Haltung gegenüber dem durch Lobbying gelähmten Politapparat fragt sich, warum Eichenberger nicht selber in die Politik einsteigt. «Nein, dann hätte ich ja die gleiche interessengestrickte Zwangsjacke an und würde wie die heutigen Politiker handeln. Ich ginge deshalb nur ins Parlament, wenn mir der Sitz bedingungslos geschenkt würde», meint er schmunzelnd. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis einer solchen «geschenkten» Wahl wäre in der Tat verlockend.

**Globale CO<sub>2</sub>-Steuerpioniere?**

Er hat den optimalen «Klimapreis» (CO<sub>2</sub>-Preis) um 2020 auf

Bild: sgv

**Zürcher KMU-Innovationstag im Toni-Campus**

«Gemeinsam Zukunftsfähig: Spielräume erkennen und handeln»: Unter diesem Motto findet der zweite Zürcher KMU-Innovationstag statt. Er bietet KMU die Chance, sich mit Expertinnen und Experten sowie anderen Teilnehmenden zu den Themen Nachhaltigkeit, Cybersicherheit, Geschäftsmodellentwicklung, Innovationsmöglichkeiten und mehr auszutauschen. Erfahren Sie ganz konkret, mit wem und wie Sie Ihre Vorhaben anpacken können: Kommen Sie schneller ans Ziel – als UnternehmerIn, als Team und als Organisation. Für Ihre Zukunft. Sie finden das Detailprogramm unter [www.kmu-innovation.zuerich.ch](http://www.kmu-innovation.zuerich.ch). (r.)

**5 Freikarten** für «KMU und INNOVATION» werden unter Lesenden der «Zürcher Wirtschaft» verlost. Interessierte melden sich bis spätestens 15. Mai mit ihren Kontaktangaben bei [standort@vd.zh.ch](mailto:standort@vd.zh.ch).

**KOLUMNE**

**Genderspezifische Mobilität?**



**Barbara Rüttimann**  
Kommunikations-beraterin

Das es Genderunterschiede punkto Multitasking geben soll, ist hinlänglich bekannt. Wie sieht es aus bezüglich Mobilität? Unlängst sagte mir bei einem Business-Lunch mein Gegenüber, dass es doch schon auffällig sei, dass er unterwegs in der City fast nur E-Scooter vom männlichen Geschlecht genutzt sehe. Stimmt das, fahren Frauen mehr Velo und Männer mehr E-Scooter? Oder liegt es nur im Auge des Betrachtenden? Haben Fortbewegungsmittel ein Geschlecht? Tatsächlich stosse ich bei näherem Hinschauen auf Aussagen wie «Frauen bewegen sich anders fort als Männer». Unter Berücksichtigung von Verkehrsstudien wird aufgezeigt, dass es ein differenzierteres Mobilitätsbild hinsichtlich

sozialen Geschlechts gibt. In der Folge zeichnen sich dabei Unterschiede bei der Mobilitäts-häufigkeit und der Fortbewegungsart ab. So fahren Frauen weniger Auto, gehen mehr zu Fuss oder sind mit dem Velo unterwegs. Ferner wird deutlich, dass diese Unterschiede aus sozialen Rollen und geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung herrühren und Mobilitätskonzepte immer noch auf traditionelle Genderbilder zurückgreifen. So ist das Auto heute noch männlich

konnotiert, und in der Form einer nachhaltigen Folgelösung werden E-Scooter zur Hauptsache von Männern genutzt. Doch das kommt nicht von ungefähr; so sind es immer noch Männer, die diese rasanten Fortbewegungsmittel konzipieren. Dies wäre ja an und für sich in Ordnung, solange alle Genderanliegen und sozialen Rollenveränderungen sich in vielfältigen Mobilitätslösungen für alle sozialen Gruppen wiederfinden. Tun sie offenbar nur bedingt. So stehen wir vor der Herausforderung, eine Mobilität unter Berücksichtigung der Umwelt, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Trends und unter Einbezug aller Alters- und Randgruppen zu entwickeln, um eine Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten.

Anzeige

**UBS Instant Business Credit: eine Innovation, von der die ganze Wirtschaft profitiert.**

Liquidität für KMU in wenigen Klicks:  
[ubs.com/instant-business-credit](https://ubs.com/instant-business-credit)

**Eine Bank wie die Schweiz**



Anzeige

**BLACHO-TEX AG**

Zeltvermietung & Zeltverkauf inkl. Festzubehör | Schutzhüllen & Blachen | Blachen-Seitenwände | Schwimmbad-Abdeckungen  
Pavillon-Dachblachen nach Mass | Bootsblachen | Sandkasten-Abdeckungen | Blachen-Vorhänge inkl. Vorhangzubehör



[www.blacho-tex.ch](http://www.blacho-tex.ch) - Tel. 056 624 15 55

# E-Mobilität: Ein Gewinn für die Immobilie

**Elektromobilität ist längst kein Trend mehr, sondern die Zukunft des Fahrzeugverkehrs. In diesem Wandel gewinnen effiziente Ladelösungen zu Hause immer stärker an Bedeutung. EKZ bietet benutzerfreundliche Systeme an, die nicht nur das Aufladen von E-Autos und die individuelle Abrechnung sicherstellen, sondern auch einen Mehrwert für Immobilien schaffen.**

Martina Bieler

Es tut sich etwas auf den Schweizer Strassen. Immer mehr Menschen sind mit umweltfreundlichen Fahrzeugen unterwegs. Gemäss Zahlen des Bundesamts für Statistik (BFS) waren im Jahr 2023 20,7 Prozent der neu zugelassenen Personewagen rein elektrisch betrieben. Dies entspricht einem Zuwachs von drei Prozent gegenüber dem Vorjahr. Um diesen Anteil weiter zu erhöhen, braucht es vor allem eines: Lademöglichkeiten im eigenen zuhause. Die Nachfrage bei Bewohnerinnen und Nutzer von Immobilien steigt jährlich. Passende Lösungen sind gefragt.

## Alles aus einer Hand

Bei der Ausstattung Ihrer Immobilien setzen Eigentümerinnen und Investoren vor allem auf eines: eine möglichst einfache Handhabung. Die Ladelösung von EKZ mit dem selbstentwickelten Lademanagement kommt diesem Wunsch nach. EKZ bietet einen Rundum-Service an, welcher die Elektromobilität für Bewohnerinnen und Bewohner von Mehrfamilienhäusern auf einfache Art und Weise zugänglich macht. Eine flexible Finanzierung der Ladestationen, in Form eines Abo-Modells (z.B. in Mietobjekten) oder des klassischen Kaufs, ermöglicht es den Eigentümerinnen und Investoren, die passende Variante für jedes Budget zu finden. Bei allen Angeboten stellt der 24/7-Service sicher, dass Fragen und Anliegen rund um die Uhr bearbeitet werden.

## Zürich: Hoher Marktanteil

EKZ deckt sämtliche Aspekte von A bis Z ab. Da ist einerseits die technische Umsetzung inklusive Energiemanagement, plus die Möglichkeit, die Ladestation im Nachhinein flexibel zu erweitern. Andererseits beinhaltet der Service die Anmeldung und Abrechnung aller Bewohnerinnen und Nutzer. Dass



Ladelösungen zu Hause gewinnen vermehrt an Bedeutung.

Bild EKZ

dieser Rundum-Ansatz überzeugt, zeigt die Tatsache, dass EKZ im Jahr 2023 rund einen Drittel aller geförderten Neuinstallationen im Kanton Zürich umgesetzt hat.

## Ganzheitliches Denken

Eine moderne Ladelösung fokussiert nicht allein auf das Aufladen von Elektrofahrzeugen, sondern betrachtet die Elektromobilität als Teil eines ganzheitlichen Ansatzes für Gebäudeenergieleistungen. Durch die zusätzliche Integration von Solaranlagen mit Eigenver-

brauchslösungen können Bewohnerinnen und Bewohner ihr E-Auto etwa mit Solarstrom vom eigenen Dach laden. Der überschüssige Solarstrom, der erzeugt wird, kann durch das intelligente EKZ-Lademanagement gezielt für die Ladestationen genutzt werden. Mit diesem Ansatz können Hausbesitzerinnen und -besitzer den gesamten Eigenverbrauch ihrer Liegenschaft erhöhen – und mit ihm auch die Profitabilität der Solaranlage.

Unter dem Strich bietet EKZ nicht nur Ladelösungen für Elektro-

fahrzeuge an, sondern trägt dazu bei, die Elektromobilität als fixen Bestandteil einer nachhaltigen Verkehrszukunft zu etablieren. Von Investitionssicherheit bis hin zur Integration von Solarstrom – EKZ ist der Partner für eine zukunftsorientierte Elektromobilität.

## FAKTEN

### Über EKZ

EKZ versorgt zuverlässig rund eine Million Menschen mit Strom aus 100 Prozent erneuerbarer Energie. Die EKZ-Gruppe setzt sich für eine nachhaltige Energiezukunft ein: mit dem Ausbau von Wind-, Wasser- und Solarenergie sowie smarten Technologien wie Ladelösungen für die Elektromobilität. Die EKZ-E-Mobilitätssparte gewinnt laufend an Bedeutung. Im Kanton Zürich stattet sie mittlerweile jeden dritten Parkplatz aus.

[ekz.ch/emobilitaet](http://ekz.ch/emobilitaet)



Elektromobilität ist im Idealfall Teil eines ganzheitlichen Ansatzes für Gebäudeenergieleistungen.

Bild EKZ

## KARIKATUR DES MONATS

Die Klimaseniorinnen entdecken auf ihrer Mission den Böögg als neuen Bösewicht



Anzeige



**einfachheit ist unsere devise.**

Ob beim Devisenhandel, Währungsrisiken absichern oder Liquidität steuern. Wir unterstützen Sie persönlich und unkompliziert – auch online.

Handeln Sie jetzt – [valiant.ch/fx](http://valiant.ch/fx)

wir sind einfach bank.

**valiant**

# Zwei teure Gesundheitsvorlagen mit Nebenwirkungen

Gleich zwei Gesundheitsinitiativen kommen am 9. Juni an die Urne. Beide Initiativen nehmen zwar berechnete Sorgen auf, liefern aber die falschen Rezepte. Kranken werden notwendige Behandlungen verwehrt, und der Mittelstand wird durch höhere Steuern belastet.

Thomas Hess

Die Prämieninitiative der Linken will, dass keine versicherte Person mehr als 10 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien der Grundversicherung aufwenden muss. Was darüber liegt, soll von Bund und Kantonen durch Prämienverbilligungen gedeckt werden. Zwei Drittel der Kosten trägt der Bund, den Rest finanzieren die Kantone. Die Kosten sind horrend: schon 2030 bis zu 12 Milliarden Franken zusätzlich pro Jahr. Das ist mehr als doppelt so viel, wie die Finanzierung der 13. AHV-Rente bereits

kostet. Bei einer Finanzierung über die MWSt. muss diese um bis zu 2,3 Prozentpunkte erhöht werden.

**«Für einen durchschnittlichen Haushalt fallen bis zu 1200 Franken pro Jahr zusätzlich an.»**

Damit fallen für einen durchschnittlichen Haushalt bis zu 1200 Franken zusätzlich pro Jahr an.

Mit der Kostenbremse-Initiative will «Die Mitte» das Kostenwachstum im Gesundheitswesen bremsen. Steigen die Krankenkassenprämien deutlicher als die Löhne, müssen Bundesrat und Kantone konkrete Massnahmen beschliessen. Was auf dem Papier gut klingt, ist in Wahrheit ein Kostendeckel für Gesundheitsleistungen. Es kommt zu Rationierungen im Gesundheitswesen und macht die Gesundheitsversorgung konjunkturabhängig. Notwendige medizinische Eingriffe werden von Bürokraten verweigert oder verzögert. Es kommt zu langen Wartezeiten und Versorgungsengpässen. Wer sich keine zusätzliche Privatversicherung leisten kann, wartet am längsten. Die Zweiklassenmedizin wird zur Realität.

Bundesrat und Parlament lehnen beide Gesundheitsinitiativen ab. Es gibt eine gute Alternative zu den Initiativen. Das Parlament hat beiden Initiativen einen vernünftigen und gezielten Gegenvorschlag gegenübergestellt. Die beiden Gegenvorschläge treten bei Ablehnung der Volksinitiativen in Kraft.



Thomas Hess  
Geschäftsführer  
KMU- und Gewerbeverband  
Kanton Zürich

# Breite Allianz fürs Stromgesetz

Die Allianz für eine sichere Stromversorgung ist breit. Über 110 Parlamentarierinnen und Parlamentarier, zahlreiche Wirtschaftsverbände, namhafte Umweltorganisationen und Unternehmen engagieren sich für ein Ja zum Stromgesetz am 9. Juni. Auch der KGV hat die Ja-Parole beschlossen.

Die Schweiz braucht mehr Strom. Nur inländische erneuerbare Energien können diesen Bedarf rasch decken. Die Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes «über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien» will den Weg ebnen für eine höhere Stromproduktion mit Solar-, Wind- und Wasserkraftanlagen im Inland. Damit soll ein Strommangel im Winter möglichst verhindert werden. In allen Stromproduktionsbereichen soll es künftig einen Vorrang gegenüber dem Naturschutz geben. Im Fokus stehen 16 Wasserkraftprojekte. Hier sollen die Verfahren beschleunigt werden. Auch wenn der sogenannte Mantelerlass nicht den künftigen Strombedarf vollständig decken wird, geht die Stärkung der inländischen Produktion in die richtige Richtung, ist der KGV

überzeugt. Ein genereller Solarzwang für Private konnte ausserdem verhindert werden. Der Vorstand des KGV fasste aus diesen Gründen die Ja-Parole.

## Klare Ziele für Stromproduktion

Das Stromgesetz sieht verbindliche Ausbauziele für die Stromproduktion bis 2035 und 2050 vor. Es sichert mit dem Ausbau der Wasserkraft sowie bedeutender Solar- und Windprojekte vor allem die Winterproduktion. Die Schweiz kann sich dadurch viel stärker mit eigenem Strom versorgen und gerade im Winter, wenn eine Stromknappheit droht, ihre Abhängigkeit vom Ausland verringern.

Kurzum: Das Stromgesetz stärkt die Versorgungssicherheit und macht uns weniger abhängig vom Ausland. Es ermöglicht einen raschen Ausbau der erneuerbaren

Energien in Einklang mit Landschaft und Umwelt und ohne zusätzliche Kosten für die Bevölkerung.

## Naturschutz und Preisstabilität

Mehr als 80 Prozent der geplanten Projekte werden auf bestehenden Infrastrukturen, insbesondere Dächern und Fassaden, installiert. Die Natur wird durch das Stromgesetz nicht verschandelt. Das neue Gesetz verpflichtet die Kantone, die Interessen des Natur- und Landschaftsschutzes sowie des Kulturlandschutzes bei der Festlegung der Eignungsgebiete zwingend zu berücksichtigen. Zudem ist klar, dass in Biotopen von nationaler Bedeutung sowie in Wasser- und Zugvogelreservaten keine Stromproduktionsanlagen gebaut werden dürfen.

Das Stromgesetz schützt nicht nur die Natur, sondern auch die

Konsumentinnen und Konsumenten. Die Stärkung der inländischen Stromproduktion bringt keine neuen Abgaben und sorgt gleichzeitig für eine höhere Preisstabilität bei der Grundversorgung. Durch die Winterproduktion sinkt zusätzlich das Risiko für teure Notfallmassnahmen.

## Allianz breit aufgestellt

Die Allianz für das Stromgesetz umfasst eine deutliche Mehrheit von National- und Ständerat sowie wichtige Wirtschaftsverbände, namhafte Umweltorganisationen und zahlreiche Unternehmen. Die Allianz für eine sichere Stromversorgung entstand auf Initiative des Dachverbands der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz aeesuisse sowie des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen VSE. (ZW)



# Teure Bauauflagen und ein Versuch, Kleinklassen wieder einzuführen

Diese Rubrik kommentiert die Arbeit des Kantonsrates im vergangenen Quartal. Der Fokus liegt auf Geschäften mit Relevanz fürs Gewerbe.

## Siedlungsentwicklung: Bauen wird teurer und noch komplexer

Vorlage 5860: Klimaangepasste Siedlungsentwicklung

Mit der Vorlage sollen die Gemeinden verschiedene Instrumente erhalten, um dem globalen Klimawandel lokal zu begegnen und das Siedlungsgebiet stärker zu begrünen. Bäume mit einem Stammumfang von 100 cm sollen geschützt, Grenzabstände bei Bepflanzungen gemindert, Vorgaben zu Begrünungen von Dächern und Umgebung gemacht werden. Der Versuch, die Unterbauungsmöglichkeiten bzw. die Unterkellerung einzuschränken, konnte mit einem Kompromiss verhindert werden.

Der Kantonsrat hat der Vorlage mit 121 zu 49 Stimmen zugestimmt.

**Meinung KGV:** Die Vorlage des Regierungsrates konnte im Kantonsrat in wesentlichen Punkten entschärft werden. Die ursprüngliche Vorlage war eigentumsfeindlich und übertrieben. Private Eigeninitiative, in diesem Fall die Begründung von Anwesen, wird mehr und mehr durch den Staat durch starre Vorschrif-

ten eingeschränkt. Bauen wird immer komplizierter und aufwändiger, Wohnen dadurch teurer. Für die Umsetzung des Gesetzes sind nun die Gemeinden verantwortlich.

## Standortattraktivität verbessern

Von einer Ratsmehrheit vorläufig unterstützt wurden folgende wichtige parlamentarische Initiativen:

270/2023: Anrechnung der Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer

**Eingereicht von** Christian Müller (FDP), Marcel Suter (SVP) und Cristina Cortellini (GLP). Mit der verlangten Anrechnung der Gewinnsteuern an die Kapitalsteuern kann für die Unternehmen ein steuerlicher Ausgleich geschaffen werden und die steuerliche Standortattraktivität insbesondere im internationalen Verhältnis verbessert werden. Die Massnahme kommt allen juristischen Personen zugute.

271/2023: Vortrag Überbesteuerung auf die Folgejahre

**Eingereicht von** Christian Müller (FDP), Marcel Suter (SVP) und Cristina Cortellini (GLP). Es wird verlangt, dass im Kanton Zürich ein Vortrag von einer möglichen Überbesteuerung durch die Einführung der OECD-Mindestbe-

steuerung beziehungsweise -Ergänzungssteuer ermöglicht wird. Eine Überbesteuerung kann aufgrund der unterschiedlichen Grundlagen zur Rechnungsstellung entstehen. Für Unternehmen, welche von der OECD-Mindeststeuerung betroffen sind, soll ein steuerlicher Ausgleich geschaffen und die steuerliche Standortattraktivität verbessert werden. **Meinung KGV:** Steuerliche Verbesserungen sind mehr als nur angezeigt, da sich der Kanton Zürich bei der Besteuerung von juristischen Personen im interkantonalen Belastungsvergleich bereits heute auf dem hintersten Platz befindet.

## Für eine Stärkung der Volksschule

27039/2024 Regelklassen endlich wirksam entlasten

**Eingereicht von** Anita Borer (SVP), Christoph Ziegler (GLP) und Angie Romero (FDP). Die Motion im Sinne des KGV verlangt u. a., dass jedes Kind die Möglichkeit hat, in einer Kleinklasse beschult zu werden, wo dies für das Kind und/oder für den Unterrichtsbetrieb der Regelklasse angezeigt ist. Der Wechsel von einer Kleinklasse in eine Regelklasse soll möglich sein und grundsätzlich angestrebt werden. Damit soll die Integration von verhaltensauffälligen Kindern, welche heute die Regelklassen immer mehr an ihre Grenzen bringen, in geordnete Bahnen gelenkt werden.

## PAROLEN VOLKSABSTIMMUNG VOM 9. JUNI 2024

### Nein zur Prämienentlastungsinitiative

Die Initiative der SP verlangt, dass keine versicherte Person mehr als 10 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung bezahlen muss. Dies würde für Bund und Kantone massive Mehrkosten von bis zu 8 Mrd. Franken jährlich verursachen. Ebenso würden die Ursachen der stetig steigenden Gesund-



heitskosten nicht gelöst werden. Der moderate indirekte Gegenvorschlag des Parlaments sieht verpflichtende und leichte höhere Prämienverbilligungen für die Kantone vor.

**Meinung KGV:** Der KGV lehnt die Initiative ab. Bund und Kantone könnten die massiven Mehrkosten nur durch Steuererhöhungen tragen. Diese würden die KMU wiederum stark belasten. **Parole: Nein**

### Ja zur Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes (Mantelerlass)

Die Vorlage will den Weg für eine höhere Stromproduktion mit Solar-, Wind- und Wasserkraftanlagen im Inland ebnen. Damit soll ein Strommangel im Winter möglichst verhindert werden. In allen Stromproduktionsbereichen soll es künftig einen Vorrang gegenüber dem Naturschutz geben. Im Fokus stehen 16 Wasserkraftprojekte. Hier sollen die



Verfahren beschleunigt werden.

**Meinung KGV:** Auch wenn der sogenannte Mantelerlass nicht den künftigen Strombedarf vollständig decken wird, geht die Stärkung der inländischen Produktion in die richtige

Richtung. Ein genereller Solarzwang für Private konnte verhindert werden. **Parole: Ja**

**Vorlagen ohne Gewerberelevanz Volksinitiative** «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» **Kostenbremse-Initiative** **Keine kantonalen Vorlagen** am 9. Juni 2024.



# «Aktuell wird überall gegen unten nivelliert»

Die Schwächen des integrativen Schulsystems, das vor rund zehn Jahren eingeführt wurde, werden immer deutlicher. Die Förderklasseninitiative (lanciert durch FDP, GLP und SVP), die mehr Ruhe, Entlastung und angemessenen Unterricht für alle bringen soll, ist auch für KMU relevant und wird daher auch vom KGV unterstützt. Wir sprachen mit drei der Initiantinnen.

## Interview

Mark Gasser

Warum ist eine Förderklasseninitiative notwendig und was möchten Sie damit erreichen?

**Yasmine Bourgeois:** Ich glaube, alle anerkennen, dass wir ein Problem haben in der Volksschule. Wir hatten in den letzten zehn Jahren ein Wachstum der Schülerzahlen von 20 Prozent, bei 80 Prozent mehr Ausgaben. Die Bildung ist aber nicht besser geworden – das zeigt unter anderem das schlechte Abschneiden der Schweiz bei der Pisa-Studie. Kurz: Es wird immer mehr ins System hineingepumpt, aber es kommt immer weniger heraus.

Das klingt nicht sehr aufbauend. Seht ihr euch als Retterinnen eines Überrests an Bildungsqualität in der Schweiz?

**Bourgeois:** Eigentlich finden wir das Bildungssystem in der Schweiz gut. Aber die Förderklassen braucht es, damit wieder ein bedürfnisgerechterer Unterricht für alle gewährleistet werden kann – sowohl für die integrierten Kinder als auch für die Kinder in Regelklassen. Ziel unserer Initiative ist somit, dass alle eine für sie bestmögliche Bildung geniessen können.

**Christa Stünzi:** Wir haben heute das Problem, dass Lehrpersonen nicht allen Schülerinnen und Schülern gerecht werden und damit ihren Grundauftrag nicht sauber erfüllen können, was für sie unbefriedigend und mit Frust verbunden ist. Wenn wir das System der Integration in die Regelklasse im Grundsatz beibehalten wollen, braucht es jetzt Massnahmen, die das System eben entlasten.

**Anita Borer:** Genau, mit dem Ziel, unser Bildungssystem, unse-

re Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf die Berufswelt und Gesellschaft vorzubereiten. Theoretisch wäre ja gemäss Gesetz die Bildung von Kleinklassen immer noch möglich. Man hat aber die Ressourcen dafür nicht, weil zudem starr festgehalten ist, wie viele Ressourcen für die integrative Förderung aufgewendet werden müssen. Und so besteht zu wenig Flexibilität für die Bildung von Kleinklassen, welche den Schulbetrieb entlasten und die Kosten senken würde.

Es gibt aber bereits Sonderschulen – können Sie den Unterschied zu den geforderten Förderklassen herausstreichen?

**«Es wird immer mehr ins System hineingepumpt und immer weniger kommt heraus.»**

**Yasmine Bourgeois**  
Schulleiterin, Gemeinderätin Zürich

**Stünzi:** Die Beschulung in einer Sonderschule bedeutet immer, ein Kind aus einer Regelklasse, aus dem Regelschulhaus und meist auch aus der Gemeinde heraus in eine Sonderschule zu schicken. Das kann eine Sprachheilschule, eine Kleingruppenschule oder eine heilpädagogische Schule sein. Förderklassen wären das Zwischenglied, wo die Integration im Regelschulhaus stattfindet.

**Bourgeois:** Als Lehrerin habe ich das «alte» System auch noch erlebt und relativ früh gesehen, dass der integrative Ansatz nicht funktioniert. Und ich kann heute als Schulleiterin bestätigen, dass ein Zwischenglied fehlt. Es gibt bei-

spielsweise Kinder, die dem Regelstoff folgen könnten, aber aufgrund ihres Verhaltens in der Klasse nicht tragbar sind. So schiebt man sie oft kurzzeitig in andere Klassen, um sie dann schlussendlich trotzdem in einer externen teuren Sonderschule zu platzieren, obwohl sie vielleicht gar nicht dorthin gehören. Dieser Prozess dauert ewig und ist für keinen befriedigend, am wenigsten fürs Kind. Wenn man so ein Kind in eine Förderklasse integrieren könnte, in der dann auch nach Lehrplan unterrichtet würde, die aber etwas kleiner wäre und in der man dem Kind mehr Zeit widmen könnte, dann wäre allen gedient.

**Stünzi:** Auch im umgekehrten Fall wären Förderklassen ein Vorteil. Aktuell bleiben Kinder oft länger in Sonderschulen als nötig. Das wird dem Kind nicht gerecht und kostet viel.

Wenn viele Personen für den Erfolg eines Kindes verantwortlich sind, ist letztlich niemand mehr richtig verantwortlich.

Aber wie viel weniger Lehrpersonen wären denn über die Woche gesehen mit den Kindern tatsächlich beschäftigt, wenn Förderklassen eingeführt würden?

**Bourgeois:** Wir gehen davon aus, dass es dann ein bis zwei Lehrpersonen pro Förderklasse bräuhete. Aber das haben wir so genau nicht definiert.

**Stünzi:** Das kann man auch nicht genau beziffern. Es gibt ja Lehrpersonen, Teamteaching, Klassenassistenten, all die Therapien wie Logopädie oder Psychomotorik. Für die Kinder, die in der Regelklasse überfordert sind, wird ein möglichst grosses Setting aufgebaut, um das Kind aufzufangen,

bevor es doch in einer Sonderschule extern beschult wird. So gibt es heute Kinder, die in der Sonderschule am falschen Ort sind, weil die Gemeinden keine andere Lösung haben.

**Borer:** Unsere Initiative will auch einen Ansatz schaffen, um das ganze System zu vereinfachen. Es sollten auch in der Regelklasse weniger Lehrpersonen benötigt werden. Das Thema Kleinklassen habe ich bereits in einem Vorstoss 2013 thematisiert. Aber damals wollte man den eingeschlagenen Weg weitergehen. Jetzt aber ist die Zeit reif, das Thema trifft auf mehr Akzeptanz, und viele finden: So funktioniert es nicht.

Der KGV unterstützt Sie, die Initiantinnen der Initiative, mit einer Versandaktion und Unterschriftenbögen in dieser Zeitung. Glauben Sie, bei der Stimmbewölkerung offene Türen einzurennen und die Unterschriften schnell zu sammeln?

**Bourgeois:** Der Start war schwierig. Das hat grundsätzlich damit zu tun, dass wir keinen Verband hinter uns haben, der uns



Christa Stünzi (GLP), Yasmine Bourgeois (FDP) und Anita Borer (SVP, von links).

Bild M. Gasser

Restaurant werden ständig Bewerbungen abgegeben. Wir müssen die Kinder auf die Realität vorbereiten. Wenn Lehrpersonen nicht diese unglaublichen Koordinationsaufwand leisten müssten, dann hätten sie wieder Kapazitäten für Coachinggespräche, um die Noten einzuordnen und das Kind auf die Prüfungssituation vorzubereiten.

Geben Sie mit der Förderklasseninitiative den Lehrern anstelle lehrmethodischer Direktiven und enger operativer Vorgaben mehr Freiheit zurück, welche

**«Lehrpersonen können heute nicht mehr allen gerecht werden.»**

**Christa Stünzi**  
Kantonsrätin GLP

grosszügig unterstützt – mit Ausnahme des KGV. Wir sind dem Verband daher unendlich dankbar. Aber auf der Strasse trifft das Anliegen absolut auf Resonanz. Am Samstag war ich auf der Strasse, da genügte es, das Stichwort «Kleinklassen» fallen zu lassen, und schon waren sie bereit, zu unterschreiben. Vielen ist allerdings der Begriff «Förderklassen» nicht geläufig. Aber wir nannten

**«Unsere Initiative will auch einen Ansatz schaffen, um das ganze System zu vereinfachen.»**

**Anita Borer**  
Kantonsrätin SVP

die Initiative bewusst Förderklasseninitiative, um nicht den Eindruck zu erwecken, wir wollten zum alten System zurück. Bei den früheren Kleinklassen gab es kaum Durchlässigkeit.

Sie sprechen in Ihrer Initiative von Pflasterlipolitik, mit der man einem schon länger schwelenden

Problem begegnet. Ist ein grosser Reformwurf zu wenig sexy, oder überfordert das die Politik?

**Stünzi:** Ich würde sagen, die Komplexität des Bildungssystems ist so gross, dass viele Hemmungen vor einer grossen Reform haben. Man versucht, im Kleinen – da, wo es gerade brennt – zu löschen. Ob das «Pflaster» dann am richtigen Ort angebracht wurde, sieht man immer erst mittelfristig. Unsere Initiative ist jetzt auch nicht die ganz grosse Veränderung, aber sie ist eine Möglichkeit, um einmal etwas globaler hinzuschauen. Es ist halt ein ewiger Streitpunkt: Integration versus externe Beschulung. Und die Initiative bietet etwas dazwischen. Sie will die beiden nicht gegeneinander ausspielen, sondern ein in sich funktionierendes durchlässiges System stützen.

Eine Schlagzeile könnte heissen: «Der Zeitgeist fegt auch die Schulnoten weg.» Könnte Ihre Initiative den Schulerperimenten Einhalt gebieten?

**Bourgeois:** Wir hoffen es. Denn aktuell wird überall gegen unten nivelliert: Gerade wegen der Inte-

gration hat man in der Volksschule die Tendenz, überall zu verbessern, wer wie gut ist. Das sieht man auch bei den schulischen Sporttagen. Man versucht, beispielsweise bei der Teambildung, möglichst den Faktor Konkurrenz auszuschalten. Oder die Leistung mit «Sünneli» oder «Sternli» auszudrücken. Man soll nicht gestresst sein, wenn man nicht so gut ist. Aber dieser Stress lässt sich doch mit keinem Ersatzsystem vermeiden. Die Kinder realisieren sehr wohl, wenn sie weniger oder mehr Punkte machen als andere «Gspänli». Und das ist im Leben ja auch normal. Man wird überall gemessen und beurteilt.

**Borer:** Viele Unternehmen sind vom sinkenden Bildungsniveau betroffen. Die Schule muss die Schüler für die Berufswelt vorbereiten. In einem Wettbewerb zu bestehen, auch eine Frustration zu entwickeln, gehört mit dazu.

**Stünzi:** Es gab auch einen Vorstoss im Kantonsrat, bei dem es um Noten ging. Ich habe da gesagt: Wir leben in einer Welt, in der überall benotet wird – teilweise auch online. Von der Taxifahrt bis zum

die Leidenschaft für das Pädagogische nährt?

**Borer:** Das ist die Hoffnung. Gerade wenn man über Fachkräftemangel diskutiert. Der Lehrerberuf ist etwas Schönes, und viele machen es aus Leidenschaft. Aber wenn der Aufwand darum herum viel grösser wird, und das Unterrichten nicht mehr im Zentrum steht, dann kann

Fortsetzung auf Seite 18

## DIE INTERVIEWTEN

**Anita Borer:** Kantonsrätin SVP, ehem. Mitglied Kommission für Bildung und Kultur (KBK), nebenberuflich noch in der Erwachsenenbildung tätig.

**Yasmine Bourgeois:** Ehem. Schulleiterin in Zürich (bis Februar 2024), heute Schulleiterin in Oetwil am See, Gemeinderätin FDP Zürich, Präsidentin Sachkommission Präsidialdepartement/Schul- und Sportdepartement.

**Christa Stünzi:** Kantonsrätin und Fraktionspräsidentin GLP, ehem. Schulpflegerin in Horgen, heute Mitglied Stiftungsratspräsidentin der Sprachheilschule Kanton Zürich. Ehem. Mitglied der Bildungskommission im Kantonsrat (KBK).

Fortsetzung von Seite 17

«Aktuell wird überall gegen unten nivelliert»

diese Berufung nicht mehr gelebt werden. Der Lehrplan 21 hat 500 Seiten und ist so ein mächtiges Instrument, das die Lehrer verinnerlichen sollen. Lieber die Bürokratie und Administration vereinfachen, dafür die Entfaltung vermehrt in den Vordergrund stellen.

**Stünzi:** Ich erlebe das bei Lehrerinnen in meinem Umfeld, dass sie mehr Zeit investieren müssen in Organisatorisches, Koordination, Absprache mit Hilfspersonen. Die Möglichkeit, sich ums einzelne Kind zu kümmern, kommt dabei zu kurz, und es löst Stress und Frust aus, wenn man merkt: Ich kann meine Berufung nicht ausleben.

*Würde sich der grassierende Lehrermangel bei der Wiedereinführung von Kleinklassen, die wiederum höhere Pensen erfordern, nicht verschärfen?*

**Bourgeois:** Wenn das Umfeld wieder weniger kompliziert wäre und es weniger Koordinationsaufwand durch Absprachen gäbe, wären mehr Lehrer auch eher bereit, mehr zu arbeiten. Jetzt sind sie schlicht ausgebrannt. Und das wird ihnen auch an der pädagogischen Hochschule so vermittelt: Arbeitet besser nicht 100 Prozent! Als Schulleiterin erfahre ich das ja bereits bei Einstellungsgesprächen: Da wird sofort nach Klassenassistenzen gefragt. Sie kommen schon so getriggert! Wenn wir das System wieder beruhigen könnten, würden auch automatisch mehr Energie und Kapazitäten frei, um mehr zu arbeiten.

Anzeige

**Ihre Partneragentur im Herzen von Zürich**

persönlich | seriös | kompetent

Löwenstrasse 25  
8001 Zürich

+41 44 534 19 50  
+41 79 774 00 84

Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme

Kathrin Grüneis

freieherzen.ch



«Weniger Bürokratie, mehr Entfaltung», fordern die drei Bildungspolitikerinnen.

**Borer:** Ich wollte selber einmal Lehrerin werden und machte berufsbegleitend eine Teilausbildung. Doch ich merkte, dass man viel mehr mit dem Schulumfeld beschäftigt ist als mit dem Schulunterricht und den Inhalten selber.

*Sind die steigende Maturitätsquote und die steigende Zahl Jugendlicher, die eine Ausbildung an einer Uni oder an einer Fachhochschule absolvieren, nicht ein Erfolgsausweis für die moderne Schule?*

**Borer:** Ich sehe es anders. Wir sind ja ein Land der KMU. Und viele KMU-Unternehmer sind keine Akademiker, und das ist auch gut so. Das brauchen wir auch, um wirtschaftlich erfolgreich zu bleiben. Ich finde, wir werden im Ausland gerade für unsere Berufsbildung, die auch eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit zur Folge hat, beneidet. Meine Geschwister haben eine Berufsbildung gemacht, ich kam über den gymnasialen Weg in die Berufswelt. Ich fand es toll, dass meine Geschwister so früh mit der Ar-

beitswelt in Berührung gekommen sind. Das System ist ja so durchlässig, dass man auch später noch eine akademische Ausbildung machen kann.

*Die Durchlässigkeit zwischen Förderklassen und Regelklassen soll gewährleistet sein. Was heisst das?*

**Bourgeois:** Die Lehrerin oder der Lehrer merkt ja, wo ein Kind steht, und kann dann abschätzen, ob eine Rückkehr möglich ist. Feste Vorgaben haben wir aber keine gemacht, die Ausgestaltung muss man dem Kantonsrat überlassen. Ich denke, dass man da pragmatisch vorgehen kann und ein Kind dann in die Regelklasse zurückschickt, wenn man sieht, dass es dafür bereit ist. Um aber ein Kommen und Gehen zu verhindern, haben wir «semesterweise» in der Initiative niedergeschrieben.

*Anita Borer, Sie haben kürzlich mit zwei Mitunterzeichnenden eine entsprechende Motion «Regelklassen wirksam entlasten» eingereicht. Motionen werden oft parallel zu einer Initiative lanciert. Wozu diese?*

**Borer:** Das Thema ist seit einiger Zeit salonfähig geworden. Wenn die Initiative zustande kommt und zudem der Kantonsrat die Motion überweist, erhält unsere Initiative mehr Stosskraft.

Mit der Motion gehen wir noch mehr auf gesetzliche Grundlagen ein. Zudem halten wir fest, dass die Gemeindeautonomie gewahrt werden soll. Es muss möglich sein, auf die gemeindespezifischen Unterschiede einzugehen und entsprechende Lösungen zu finden.

*Die Umsetzung der Initiative soll ohne finanzielle Mehrbelastung von Kanton und Gemeinden erfolgen. Aber wird das nicht teurer allein durch die zusätzlich benötigten Klassenräume?*

**Bourgeois:** Man bräuchte sicher weniger Personal, wenn man die ganzen Klassenassistenzen heute mit einrechnet und einen Teil der Ressourcen in den Förderklassen zusammenfasst. Dazu kommt: Jene Kräfte, welche die Integration beibehalten wollen, verlangen ja sogar noch mehr Ressourcen. So würde das integrative Modell nur noch teurer werden.

**Borer:** Es hiess ursprünglich, dass die Kosten mit dem integrativen Unterricht auf Gemeindeebene stetig sinken würden. Das Gegenteil ist der Fall: Weil eine niederschwellige Massnahme fehlt, werden auffällige Kinder letztlich ganz separiert und in eine externe Sonderschule geschickt. Dies kostet sehr viel und ist schwierig, diese Schulkinder vorübergehend in Kleinklassen zu schulen, könnten die Kosten minimiert werden.

**Stünzi:** Als Schulpflegerin in Horgen zeigte mir meine Erfahrung: Das heutige System, bei dem man gezwungen ist, zwischen dem einen und dem anderen zu entscheiden, stösst an seine Grenzen. Von Einzelfällen weiss ich, dass man sie schon in drei Klassen versetzen musste – bis hin zur letzten Möglichkeit, der Einzelbeschulung, wenn nicht sofort ein Platz frei wird in Sonderschulen. Diese nach Gesetz als «Sonderfall» ausgewiesenen Fälle kommen viel häufiger vor, als man ahnt. Zudem sind diese Kosten für die Sonderschulungen nirgends budgetiert, für die Gemeinden aber oft sehr hoch. Sie würden mit Förderklassen fortan wegfallen.

*Wird aber mehr Schulraum nötig?*

**Borer:** Nach meiner Einschätzung bräuchte es maximal eine Kleinklasse pro Schulhaus. Ausserdem bauen die Gemeinden heute die Schulhäuser mit Gruppenräumen. Flexible Bauten sind in den Gemeinden auch Thema. So glaube ich, lassen sich mit dem vorhandenen Schulraum Lösungen finden.

**Der Unterschriftenbogen** zur Initiative ist dieser Zeitung beigelegt. Für die Unterschriftensammlung bleibt dem Komitee bis zum 19. Juli Zeit. [www.schule-mit-zukunft.ch/](http://www.schule-mit-zukunft.ch/)

## «This Priis» geht an Grossbäckerei

Den diesjährigen Integrations-Award für Arbeitgebende im Kanton Zürich hat die Bertschi Bäckerei zum Brotkorb AG gewonnen. Mit 200 Gästen aus den Reihen der Wirtschaft feierte die SVA Zürich die Verleihung des «This-Priis» – und das Rekordjahr der Eingliederungen von Menschen mit Handicap.

Zürcher Arbeitgebende haben so viele Menschen mit gesundheitlicher Einschränkung unterstützt wie nie zuvor. Schon im Jahr 2022 erreichte die Zahl der Eingliederungen mit 3200 einen Höchststand. Im vergangenen Jahr waren es 200 mehr, wie die SVA Zürich im kürzlich publizierten Jahresbericht 2023 schreibt. Die positive Entwicklung spiegelt sich auch in der grossen Zahl der Unternehmen, die für den This-Priis 2024 vorgeschlagen wurden. 93 Nominierungen gingen bei der SVA Zürich ein. Dort fand am 9. April auch die Preisverleihung statt. Fünf Zürcher Arbeitgebende waren im Finale, mit dem Integrations-Award ausgezeichnet wurde die Bertschi Bäckerei zum Brotkorb AG.



Die Grossbäckerei Bertschi aus Kloten ist This-Priis-Siegerin 2024. Bild zvg

Die Grossbäckerei mit 400 Angestellten an den Standorten Kloten und Niederglatt hat sieben Mitarbeitende mit gesundheitlicher Einschränkung eingestellt, fünf davon allein in den vergangenen zwei Jahren. Bertschi-Mitinhhaber Markus Brantner orientiert das

Unternehmen zwar schon seit seinem Antritt als Geschäftsführer vor acht Jahren auf nachhaltige Integration, er sieht das soziale Engagement dennoch erst am Anfang. Trotz seiner Grösse sei das Unternehmen wie eine Familie, betonte Markus Brantner bei der Preis-

übergabe. «Was wir erreichen, das erreichen wir alle gemeinsam.»

### Publikumspreis an Garage

Die Jury zeigte sich begeistert vom Engagement der fünf Finalisten: «Sie alle haben auf eindrucksvolle Weise gezeigt, wie Integrations-Erfolgsgeschichten im Alltag aussehen.» Die Laudatio hielt zum achten und letzten Mal Alex Oberholzer. Der Medienexperte und Autor geht in Pension und übergibt seinen Platz in der This-Priis-Jury an Camilla Bischofberger, Expertin für Behindertenanliegen. Neu in der Jury für den Zürcher Integrations-Award ist auch FDP-Nationalrat Andri Silberschmidt. Die Nominierungsphase für den nächsten This Priis 2025 hat bereits begonnen. Vorschläge können auf der Website der SVA Zürich eingereicht werden.

Anzeige



emilfrey.ch

## Kraftfahrzeuge für Fachkräfte.

Ihre Fachkräfte-Verstärkung:  
Kraftfahrzeuge von über  
25 Marken bei Emil Frey.



# Lehrstellen fördern = Berufsvielfalt fördern

Für eine gesunde Wirtschaft sind gut ausgebildete Fachkräfte elementar. Damit wir die entsprechenden Ausbildungsplätze anbieten können, braucht es eine umfassende Förderung. Niklaus Schatzmann, Amtschef des Mittelschul- und Berufsbildungsamts (MBA), stellt die Lehrstellenförderung im Kanton Zürich vor.

## Interview

Dennis Malischke

Niklaus Schatzmann, was bedeutet Lehrstellenförderung?

**Niklaus Schatzmann:** Gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern aus Wirtschaft, Bildung und Gesellschaft schauen wir, in welchen Bereichen wir weitere Lehrstellen anbieten können. Als MBA stellen wir finanzielle Mittel zur Verfügung, um gezielt Organisationen und Betriebe bei der Schaffung oder dem Erhalt von Lehrplätzen zu unterstützen. Die Organisationen der Arbeitswelt (OdA) und die Verbände wissen am besten, wie ihre Branchen aufgestellt sind und wo gegebenenfalls der Schuh drückt. Zur Giesskanne greifen wir also nicht. Wir möchten möglichst effizient agieren – als Drehscheibe zwischen aktueller Marktlage und Bedürfnissen der Betriebe.

Wo besteht am meisten Handlungspotenzial?

## ZUR PERSON



**Niklaus Schatzmann**

leitet das Mittelschul- und Berufsbildungsamt und verantwortet die Lehrstellenförderung für die Berufsbildung im Kanton Zürich.

**Schatzmann:** Beispielsweise verlangt die Digitalisierung nach einem grossen Lehrstellen-Angebot im Bereich ICT. Auch die hohe Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt spielt da hinein. Dem gehen wir als Kanton nach und entwickeln gemeinsam mit dem hauptverantwortlichen Verband spezifische Lösungen. Es ist nicht so, dass die Berufsfelder nicht wüssten, dass etwas getan werden muss. Ganz im Gegenteil: Verschiedenste Aktivitäten sowie Kampagnen sind bereits am Laufen oder angeordnet. Das MBA nimmt mit der Lehrstellenförderung seine Verantwortung wahr und unterstützt punktuell, wo nötig und gewünscht.

Warum betreibt man überhaupt Lehrstellenförderung, es gibt doch genügend Lehrstellen und teilweise sogar ein Überangebot?

**Schatzmann:** Laut den Prognosen des statistischen Amtes sowie der Bildungsplanung des Kantons Zürich wächst die Bevölkerung



Ein Anliegen von Kanton und MBA: ein Lehrstellenangebot für die Zukunft gestalten.

Bild: SwissSkills

liche Lehrstellen zu schaffen, sondern wir wollen damit auch die Lehrbetriebe dabei unterstützen, dass sie ihre Lehrstellen mit den passenden Lernenden besetzen können. Letztlich ist das Ziel ein gesun-

der Betriebe nehmen eine zentrale Rolle ein. Sie bieten Lehrplätze an und bilden die Jugendlichen aus. Dafür braucht es grosses Engagement, viel Fachexpertise und Sozialkompetenz. An dieser Stelle möchte ich betonen, wie dankbar wir für die Leistung der Zürcher Betriebe in der Ausbildung unserer angehenden Fachkräfte sind. Ihr tagtäglich Einsatz macht unser duales System so erfolgreich. Man spürt regelrecht, wie wichtig es den Betrieben ist, den eigenen Berufsnachwuchs aufziehen zu können. Das ist nicht selbstverständlich. Darauf können wir stolz sein.

Was für Massnahmen haben Sie umgesetzt?

**Schatzmann:** Wir haben ein Lehrstellenmarketing für den Kan-

ton Zürich aufgebaut, damit die Ausbildungsbereitschaft der Lehrbetriebe erhalten und neue Betriebe für die Ausbildung gewonnen werden können. Kernstück ist die neue Website «Zukunft Zürich» mit In-

unserer Möglichkeiten zu erhöhen. Nebst den Bestrebungen des Lehrstellenmarketings stärken wir auch die Berufsbildungsforen im Kanton Zürich. Sie sind regional verankert und fördern die Zusammenarbeit

## «Auch wir als Kanton sehen uns in der Pflicht, die Anzahl der Lehrstellen zu erhöhen.»

**Niklaus Schatzmann**

Leiter Mittelschul- und Berufsbildungsamt

formationen und Hilfestellungen für aktuelle und angehende Ausbildungsbetriebe. Mit rund 300 Lernenden ist auch die kantonale Verwaltung Zürich eine grosse Lehrstellenanbieterin. So sehen wir uns als Kanton in der Pflicht und lancierten jüngst ein Projekt, um die Anzahl der Lehrstellen im Rahmen

zwischen Ausbildungsbetrieben, dem Gewerbe, den Schulen und weiteren Institutionen. Wir wollen die notwendigen Strukturen schaffen, so dass eine gezielte Entwicklung möglich ist. Und aktiv einwirken, um zusammen mit allen Beteiligten eine attraktive Berufslehre anbieten zu können.

## Was ist «Zukunft Zürich»? Das Projekt des MBA im Detail

Für ein ausreichendes Lehrstellenangebot sind Betriebe gefragt, die junge Leute ausbilden wollen. Dazu braucht es viel Engagement und die Bereitschaft, den Fachkräften von morgen eine Chance zu geben. Bereits heute ist man auf gutem Weg. Im Kanton Zürich machen 4 von 5 Jugendlichen eine Berufslehre. Rund 14 000

bei möglichen Herausforderungen wie Konfliktgesprächen gibt es für die Ausbildungsverantwortlichen umfassende Unterstützung. Auf der Plattform sind auch verschiedene Hinweise zum Abschluss der Lehrzeit und zur Weiterbeschäftigung über die Lehrzeit hinaus oder mögliche Weiterbildungen zu finden.

## «Um neue Ausbildungsbetriebe zu gewinnen, setzen wir auf eine breite Kommunikation mit einem eigenen Webauftritt und einer breiten Kampagne in den sozialen Medien.»

**Stefan Gamper**

Projektleiter von «Zukunft Zürich»

Lehrbetriebe bieten Ausbildungsplätze an. Damit die Ausbildungsbereitschaft der Lehrbetriebe weiterhin hoch bleibt und vor allem neue Lehrbetriebe dazu gewonnen werden können, hat das MBA das Projekt «Zukunft Zürich» lanciert. Seit März 2024 erhalten Unternehmen auf der neu erstellten Website [www.zukunft.zuerich](http://www.zukunft.zuerich) Informationen und Hilfestellungen rund um die Berufsbildung. Dazu gehören etwa Themen wie die Erstellung der Ausbildungsplanung, der Erwerb der Bildungsbewilligung bis hin zu Informationen über Lehrabschluss und darüber hinaus. Bei der Einführung sowie der Betreuung von Lernenden und

Zusätzlich beteiligt sich der Kanton Zürich finanziell am Erhalt und der Förderung von Ausbildungsplätzen. Bis im Jahr 2025 stellt er eine Million Franken zur Verfügung, wovon Projekte profitieren können, die nachweislich einen Einfluss auf das Lehrstellenangebot im Kanton Zürich haben. Die Projekte können auf der kantonalen Website des Lehrstellenmarketings ([zh.ch/projekte-berufsbildung](http://zh.ch/projekte-berufsbildung)) eingereicht werden.

**Z|ZH**

# Private Altersvorsorge – mehr Ertrag durch Steuerplanung

Um zum Zeitpunkt der Pensionierung den Lebensstandard ausreichend absichern zu können, reichen die Renten aus der 1. (AHV) und der 2. Säule (Pensionskasse) oft nicht aus. Deshalb ist es wichtig, frühzeitig mit dem Aufbau der 3. Säule (private Vorsorge) zu starten.



**Roman Bosetti**  
Leiter Treuhand  
Rapperswil SG |  
Partner OBT  
055 222 89 28  
roman.bosetti@  
obt.ch

Mit dem Eintritt in die AHV-Pflicht (18 Jahre) besteht für Berufstätige die Möglichkeit, Beiträge in die Säule 3a einzuzahlen. Das Einzahlungsrecht erlischt mit dem Erreichen des Pensionsalters. Wer danach noch arbeitet, darf weiterhin in die dritte Säule einzahlen, längstens aber bis zum Erreichen des 70. Geburtstags.

## Steuerersparnis sowie Besteuerung

Mit den Einzahlungen kann die Steuerlast reduziert werden. Einzahlungen in die Säule 3a wie auch Einkäufe in die Pensionskasse senken das steuerbare Einkommen. Zudem unterliegen Bank- und Depotguthaben in der Säule 3a nicht der Vermögenssteuer.

Je nach steuerbarem Einkommen und Wohnort beträgt die Steuerersparnis pro eingezahlte 1000 Franken rund 200 bis 400 Franken. Zum Zeitpunkt des Bezugs werden die Kapitalleistungen aus Säule 3a gesondert vom übrigen Einkommen und zu einem reduzierten Tarif besteuert. Bezüge sind möglich:

- ab Alter 60;
- bei Erwerb von selbst bewohntem Wohneigentum;
- bei Aufnahme der selbständigen Erwerbstätigkeit;
- bei Wohnsitzverlegung ins Ausland.

## Versicherungs- oder Banklösung

Die private Vorsorge mit der Säule 3a kann bei einer Versicherung oder einer Bank abgeschlossen werden. Welche Lösung sinn-



Früh in die 3. Säule einzuzahlen, lohnt sich.

Bild InsideCreativeHouse

voller ist, hängt von der persönlichen Situation ab. Die private Vorsorge mit der Säule 3a bei einer Versicherung eignet sich für alle, die ihr Sparziel unter allen Umständen erreichen wollen und sich zusätzlich vor finanziellen Risiken wie Erwerbsunfähigkeit oder Tod absichern möchten. Der Risikoschutz ist wichtig, wenn man zum Beispiel eine Familie gründen oder sich selbstständig machen möchte.

Die Banklösung eignet sich für alle, die einfach und flexibel vorsorgen möchten und dabei den Fokus aufs reine Sparen richten wollen. Gerade für junge Erwachsene ist das oft eine gute Lösung.

## Bank- oder Fondskonto

Welche Lösung gewählt wird, hängt einerseits von der persönlichen Risikobereitschaft und andererseits vom Anlagehorizont ab. Für eher auf Sicherheit bedachte Personen ist die Bankkontolösung oder aber eine tiefe Wertschriftenquote anzustreben. Mit einer 3a-Wertschriftenlösung nimmt man zwar mehr Risiko in Kauf als mit einem 3a-Konto, dafür ist die

te gilt auch für Personen, die nicht in der zweiten Säule versichert sind. Wer einen Einkauf tätigen möchte, muss in diesem Jahr zu Beiträgen in die Säule 3a berechtigt sein, das heisst über ein AHV-pflichtiges Erwerbseinkommen in der Schweiz verfügen. Ein Einkauf setzt voraus, dass der ordentliche Jahresbeitrag im betreffenden Jahr vollständig entrichtet wird. Der Einkauf soll wie der ordentliche Jahresbeitrag vollumfänglich vom steuerbaren Einkommen abzugsfähig sein.

## Weitere Tipps

- Es lohnt sich, schon Anfang Jahr in die Säule 3a einzuzahlen, denn das Geld arbeitet das ganze Jahr.
- Es lohnt sich, mehrere Konten/Depots anzulegen.
- 3a-Guthaben sollten nicht im gleichen Jahr wie Pensionskassen- und Freizügigkeitsguthaben bezogen werden. So können die Auszahlungen auf mehrere Steuerperioden verteilt und die Steuern bei der Auszahlung gesenkt werden. Denn je höher die Bezüge in einem Jahr sind, desto höher ist auch die prozentuale Steuerbelastung. Die Steuerbehörden zählen alle Kapitalbezüge aus der zweiten Säule und der Säule 3a eines Jahres zusammen, in den meisten Kantonen auch die Bezüge des Ehepartners.

## Fazit

Mit einer gezielten Finanzstrategie kann der Lebensabend besser abgesichert werden, und dabei können erst noch Steuern gespart werden. Mit Einzahlungen in die Säule 3a sollte in jungen Jahren gestartet werden, denn dies erhöht das verfügbare Vermögen im dritten Lebensabschnitt oder im Bedarfsfall auch früher (Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit, Erwerb von selbst bewohntem Wohneigentum usw.) massiv.

Rendite langfristig in der Regel deutlich höher.

## Bundesrat will nachträgliche Säule-3a-Einkäufe

Künftig sollen Beitragslücken in der Säule 3a durch nachträgliche Einkäufe geschlossen werden können. Dies betrifft Personen, die in bestimmten Jahren keine Beiträge oder nur Teilbeträge in ihre gebundene Selbstvorsorge einzahlen können. Der Bundesrat hat eine entsprechende Änderung der Verordnung über die steuerliche Abzugsberechtigung von Beiträgen an anerkannte Vorsorgeformen (BVV 3) in die Vernehmlassung geschickt. Diese dauerte bis zum 6. März 2024. Personen, die keine oder nicht die maximal zulässigen Beiträge in ihre Säule 3a bezahlen, können solche Beitragslücken durch steuerabzugsfähige Einkäufe bis zu zehn Jahre rückwirkend ausgleichen.

Ein Einkauf in die Säule 3a soll jährlich zusätzlich zum ordentlichen Beitrag in Höhe des sogenannten «kleinen Beitrags» zulässig sein (2023 beispielsweise maximal 7056 Franken). Diese Einkaufslimi-

# KGV-Konferenz: IT und Vergaberecht

Im Zentrum der KGV-Präsidentenkonferenz vom 19. März stand diesmal nicht die Politik, sondern standen zwei eher technische, aber für KMU sehr wichtige Themenfelder: das neue Vergaberecht und eine niederschwellige Lösung zur IT-Sicherheit für kleine KMU.

Mark Gasser

Oft fassen die verschiedenen KGV-Gremien ihre politischen Parolen basierend auf kompakten Fact Sheets. Inskünftig sollen diese auch den übrigen Präsidenten und Präsidentinnen im Kanton zugeschickt werden, um ihnen die KGV-Überlegungen zu erläutern und sie gleichzeitig inhaltlich darüber zu informieren. «Die Vorlagen werden immer komplexer, aber auf einem zweiseitigen Papier darzulegen, was dafür und dagegen spricht, und unsere Sicht zu sehen, kann hilfreich sein», so Scherrer.

Ein Fact Sheet eher ungewöhnlichen Ausmasses stellte das vom KGV in Auftrag gegebene 18-seitige Papier zum neuen Vergaberecht, genauer: zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVÖB), dar. Es wurde von Katharina Seiler Germanier von der Federa Beratung AG erstellt und vorgestellt. Sie schälte die wichtigsten Punkte für KMU heraus und beantwortete insbesondere die Frage: Welchen Spielraum haben offerierende Parteien, und wo haben sich die Spielregeln geändert?

Gerade für KMU, die in der Bau- und Industriebranche tätig sind oder öffentliche Dienstleistungen anbieten, ist die Kenntnis darüber ein wichtiger Wettbewerbsfaktor. Die neue IVÖB ist im Kanton Zürich seit Oktober 2023 in Kraft, ist aber für viele noch ein Buch mit sieben Siegeln. Sie erklärte die Verfahrensarten: freihändiges Verfahren, Einladungsverfahren, zweistufiges selektives oder offenes Verfahren (für die teuersten Aufträge). Die Details zu Schwellenwerten, wichtigen Neuerungen und Spielräumen der Vergabebehörden und Ausnahmen führt die Expertin Katharina Seiler Germanier auf Seite 28 dieser Ausgabe im «Ratgeber» aus.

## Niederschwelliger IT-Schutz

Als zweiten Gast hatte KGV-Präsident Scherrer Markus Bischof eingeladen, den er als eine Art



Markus Bischof stellt seine IT-Lösung für kleine KMU vor.

Bild Mark Gasser

«Feuerwehrmann für die IT-Security von KMU» erachtet. Gute, vertrauenswürdige Lösungen grosser Anbieter seien nicht schwer zu finden, meinte Scherrer sinngemäss. «Aber keiner von uns kann sie zahlen.» So schilderte er Bischof, den er bei Sisco kennen gelernt hatte, erstmals vor zwei Jahren seine Bedenken: die Low Hanging Fruits – die tief hängenden Früchte –, welche Cyberkriminelle mit Handkuss pflückten, kostengünstig zu schützen. Die Kriterien – einfach, automatisiert und preisgünstig – könnte grosse Datenanbieter nur zu zwei Dritteln erfüllen: denn günstig sind die Lösungen jeweils auch von niemandem bearbeitet. Und das ist das Kernproblem», erklärte Bischof einleitend.

Gerade die 540 000 KMU in der Schweiz sind oft ähnlich strukturiert – was den Angreifern entgegenkommt. Bei diesen KMU, die zwischen 1 und 9 Mitarbeitern haben, sei wenig IT-Know-how vorhanden, die Infrastruktur sei oft nicht auf dem neusten Stand, werde unregelmässig aufdatiert, Passwörter würden eher als lästiges Übel behandelt.

Bischof liess sich als Wiederverkaufspartner zertifizieren und gründete die Bischof Consulting Services (Biscons), mit der er eine

niederschwellige Lösung für KMU anbietet, die auf dem Virenschutz von Microsoft Team basiert. «Dahinter stehen 3000 Ingenieure, die sich täglich Cybersachen anschauen», so Bischof auf Anfrage. Führende Firmen wie IBM, Sisco, Semantec vertrauen auf die Dienstleistung beziehungsweise die Software. «Da würde ich auch meine Virenkompetenz ansiedeln.» Die Lösung ist einfach: Der PC der Floristin oder des Mechanikers wird mit einer Software versehen, welche automatisch ein Backup aller Daten im Vier-Stunden-Rhythmus erstellt. Vollautomatisch werden diese verschlüsselt in einer Cloud abgelegt und sind stets abrufbar. Ab 13 Franken pro PC und Monat sei man dabei, so Bischof. «Das, so sagen mir meine Pilotkunden, sei ein Preis, den sie gewillt seien zu zahlen.»

Nach der Pilotphase will Bischof in die KMU-Welt vordringen und die Information weitertragen. Er sei auch bereit, an einer Veranstaltung seine niederschwellige Lösung vorzustellen.

## Politisch lauter werden

Besorgt äusserte sich KGV-Präsident Werner Scherrer an der Präsidentenkonferenz über das Scheitern aus bürgerlicher Sicht beim zweiten Wahlgang der Ständerats-

wahlen. Es stehe im Widerspruch zu negativen Schlagzeilen über die Macht gewerbenaher Verbände – und zeige wieder einmal: «Wir haben nicht die Rolle der starken Mobilisierer, die wir verdient hätten.» Politisch sei das Gewerbe ja ohnehin eher in Sachgeschäften tätig, doch kulminiere die politische Aktivität eben gerade bei Wahlen und in der Unterstützung gewerbefreundlicher Kandidierender.

Ebenfalls Sorge er sich um das Abstimmungsverhalten zum 13. AHV-Lohn. Den Stimmbürgern sei die Relation abhandengekommen, neue Gelder im Sozialsystem anzuzapfen, ohne dass deren Finanzierung gesichert wäre – das sei ein neues Phänomen. So werde man kaum um eine Erhöhung der Lohnprozente und der Mehrwertsteuer herumkommen. Vor allem der Mittelstand werde bluten müs-

## «Deshalb wird dieser Markt auch von niemandem bearbeitet. Und das ist das Kernproblem.»

Markus Bischof

CEO Bischof Consulting Services

sen, damit die Älteren profitieren könnten. «Wir sind eine Profitiergesellschaft geworden.» Gerade im Vorfeld bevorstehender Vorlagen wie der Prämienentlastungsinitiative, die am 9. Juni zur Abstimmung kommt und das Gewerbe noch härter treffen könnte, müsse man wieder auf diese Selbstbedienungsmentalität und den grassierenden Egoismus hinweisen.

Abschliessend erwähnte KGV-Geschäftsführer Thomas Hess die vom Vorstand beschlossenen Parolen zu den Abstimmungen vom 9. Juni: Nein zur Prämienentlastungsvorlage und Ja zum Mantelerlass (Energiegesetz).

Mehr zu den Parolen Seite 15  
Mehr zum Vergaberecht Seite 28  
IT-Sicherheitslösung: [www.biscons.ch](http://www.biscons.ch)  
Link zum Vergaberecht auf der KGV-Webseite: [www.kgv.ch/themen/neues-vergaberecht-im-kanton-zuerich](http://www.kgv.ch/themen/neues-vergaberecht-im-kanton-zuerich)

# Investitionen, die sich nachhaltig lohnen

**Die ökologischen Standards steigen, KMU kommen unter Zugzwang. Mehr Nachhaltigkeit zahlt sich also aus – ökologisch und finanziell.**

von Adrian Schmidlin

Der effiziente Einsatz von Energie und Ressourcen – seien das Strom, Materialien, Treib- oder Rohstoffe – ist nicht nur ökologisch sinnvoll. Auch um langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben ist ein geschärftes Verständnis der Unternehmen für neue Technologien, Regularien, verändertes Kundenverhalten und Reputationsrisiken wichtig.

## Druck in der Lieferkette

Nicht zu unterschätzen ist der Faktor, dass die gesetzlichen Anforderungen an Unternehmen in Bezug auf ökologische Standards steigen. Grossfirmen rapportieren bereits klimabezogene Risiken sowie die Auswirkungen des Unternehmens auf das Klima. Sie setzen sich Klimaziele gemäss der Science Based Targets Initiative (SBTi). Dadurch verpflichten sie auch ihre Lieferanten schrittweise zur CO<sub>2</sub>-Neutralität. Dies erzeugt eine Druckwirkung auf die Firmen in ihrer Lieferkette und somit auch auf die KMU.

## Mit neuer Technik die Energiekosten optimieren

Die sich abzeichnenden Strom- und Gasmangellagen gefährden die Versorgungssicherheit in der Schweiz und die Energiekosten steigen stark. Gleichzeitig erhöhen sich auch die Rohstoff- und Einkaufspreise. Innovative Technologien führen zu neuen Produkten und Angeboten, welche die bisherigen ersetzen.

Oft fehlen kleinen oder mittelgrossen Unternehmen jedoch das



**Adrian Schmidlin**  
Leiter Marktgebiet  
Firmenkunden  
Zürichsee  
Zürcher  
Kantonalbank



Nachhaltigkeit zahlt sich aus – ökologisch und wirtschaftlich.

Bild Getty Images

nötige Fachwissen sowie die personellen und finanziellen Mittel, um sich aktiv mit diesen Themen zu beschäftigen und effektive Massnahmen umzusetzen.

## Schnelle Übersicht der Möglichkeiten

Genau hier setzt die Unternehmensanalyse Eco-Check an. Expertinnen und Experten von Reffnet.ch besuchen die Betriebe und analysieren vor Ort die Bereiche Ressourcen und Energie und identifizieren Verbesserungspotenziale. Reffnet.ch ist ein vom Bund unterstütztes schweizweites Netzwerk für Ressourceneffizienz- und Energieberatungen.

Die Kosten des Eco-Checks übernimmt die Zürcher Kantonalbank für ihre Kundinnen und Kunden. Im Kurzbericht zeigen die Fachleute den KMU auf, wo die Verbesserungspotenziale liegen. Im Fokus steht dabei der effiziente Einsatz von Energie und Ressourcen. Damit soll nicht nur die Umweltbelastung reduziert werden, sondern angesichts der steigenden Energie- und Rohstoffkosten auch Geld gespart werden können.

Möchte ein KMU die entdeckten Potenziale vertieft analysieren lassen, kann es direkt einen Termin mit einer auf das jeweilige Themenfeld spezialisierten Fachperson vereinbaren. Die Beraterinnen und Berater von Reffnet.ch entwickeln dann auf Basis des Eco-Checks im gewählten Bereich konkrete Verbesserungsmassnahmen. Ihr Bericht zeigt die geschätzten Investitionskosten, die zu erwartenden Kosteneinsparungen sowie die positive Umweltwirkung auf.

Entscheidet sich ein KMU für eine Umsetzung der Massnahmen,

unterstützt die Zürcher Kantonalbank es bei den nötigen Investitionen mit den passenden Finanzierungslösungen. Beispielsweise mit dem neuen ZKB Umweltleasing. Dabei beteiligt sich die Bank mit einem Prozent an den Netto-Anschaffungskosten von nachhaltigen Investitionsgütern wie etwa Nutzfahrzeugen mit Elektroantrieb. Auch besonders ressourceneffiziente und innovative Projekte können von den Vorzugskonditionen des ZKB Umweltleasings profitieren. So sollen KMU nachhaltig wettbewerbsfähig bleiben.

## ZKB-WEBCAST

### Knopf im Nastuech! Webcast vom 28. Mai

Im kostenlosen Live-Webcast der Zürcher Kantonalbank «Wirtschaftliche und ökologische Chancen für Ihr Unternehmen» (28. Mai 2024, 12.15 bis 13 Uhr) gewinnen Sie einen Überblick rund ums Thema Nachhaltigkeit für KMU. Und Sie können direkt im Live-Chat Fragen stellen. Erfahren Sie zudem alles über den neuen kostenlosen Eco-

Check. Bei diesem Angebot bekommen Sie konkrete Vorschläge, wie Sie den Einsatz Ihrer Ressourcen und die Nutzung von Energie verbessern können.

[eco-check.events.zkb.ch/?t=public#rsvp](https://eco-check.events.zkb.ch/?t=public#rsvp)

Webcast «Wirtschaftliche und ökologische Chancen für Ihr Unternehmen»



# Auf Erkundungstour im Abfallgeschäft

Die KMU-Frauen genossen anfangs März einen Einblick in die Abfallbewirtschaftung im Zürcher Oberland.

Jacqueline Hofer\*

Am 6. März 2024 besuchten die KMU-Frauen Zürich die KEZO (Zweckverband Kehrichtverwertung Zürcher Oberland). Sie erhielten unter der fachkompetenten Leitung von Besucherführerin Bettina Häuselmann wertvolle und interessante Einblicke in die Tätigkeiten des Oberländer Unternehmens. Eine grossartige Möglichkeit, die KEZO kennenzulernen und hinter die Kulissen zu schauen. Diese spielt nämlich eine wichtige Rolle bei der Abfallentsorgung und Umweltbildung.

Die KEZO betreibt im Auftrag der Verbandsgemeinden eine ganzheitliche und sichere Abfallbewirtschaftung. Die angelieferten Abfälle werden thermisch effizient verwertet und Energie sowie Wertstoffe zurückgewonnen. Sie leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Kreislaufwirtschaft.



Die KMU-Frauen Zürich bei der Besichtigung der KEZO in Hinwil.

Bild zvg

Anzeige

## Pionierin bei Rückgewinnung

In der Metallrückgewinnung ist die KEZO Hinwil eine Pionierin. Das dafür notwendige Thermorecyclingverfahren wurde in

## «Der geplante Neubau der KEZO wird in Bezug auf die Energieeffizienz neue Massstäbe setzen.»

der KEZO entwickelt und seit 2016 in einer grosstechnischen Anlage, der ZAV Recycling AG, umgesetzt. In einem aufwendigen Prozess werden dabei die wertvollen Metalle aus der Schlacke separiert. Hierbei handelt es sich z. B. um Aluminium, Kupfer, Platin und Gold. Manchmal findet sich auch eine Goldkette oder ein kleiner Goldbarren, die möglicherweise bei Haushaltsräumungen im Abfall landeten.

Die Nachfrage nach umweltfreundlicher Fernwärme steigt in der ganzen Schweiz. Bisher stellt die KEZO die produzierte Fern-

wärme auf ihrem Areal und im angeschlossenen Fernwärmenetz zur Verfügung. Den Aufbau und Betrieb neuer Fernwärmenetze überlässt sie Energieunternehmen, die darauf spezialisiert sind und die nötigen Ressourcen mitbringen. Der geplante Neubau der KEZO wird in Bezug auf die Energieeffizienz neue Massstäbe setzen. So wird sie gegenüber dem heutigen Betrieb deutlich mehr Fernwärme liefern können. Auch in der bestehenden Anlage kann die Fernwärmeproduktion bei Bedarf erhöht werden. So kann die KEZO den etappierten Aufbau und Ausbau der geplanten Fernwärmenetze unabhängig vom geplanten Neubau von Beginn an zuverlässig begleiten. Aufgrund des grossen Interesses an Fernwärme in der Region werde Stand heutiger Wissens die Kapazität der KEZO voll ausgeschöpft werden.

Am Ende des Rundganges offerierte die KEZO den KMU-Frauen zum gemütlichen und entspannten Ausklang einen wunderbaren Apéro. Herzlichen Dank!

\*Jacqueline Hofer ist Präsidentin der KMU-Frauen Zürich

## INFO

### Über die KEZO

Die KEZO betreibt in Hinwil seit dem Jahr 1963 ein Werk zur Behandlung von Kehricht und gehört dem Zweckverband Kehrichtverwertung Zürcher Oberland. Dieser Verband besteht aus 36 Gemeinden. Anfänglich als reine Kompostieranlage konzipiert, wird der Kehricht seit 1976 ausschliesslich thermisch verwertet. Zentrale Anliegen der KEZO sind die Verringerung bzw. Vermeidung von Kehricht, die Reduktion der Schadstoffbelastung und die Rückgewinnung von Energie, Metallen (Urban Mining) und anderen Stoffen aus dem Kehricht. (Quelle: Steffen Schrodt, KEZO).



## Gemeinsam mit Swiss Label für mehr Schweizer Qualität!

Werden Sie Mitglied und schützen Sie Ihre Produkte oder Dienstleistungen.



Swiss Label ist die Gesellschaft zur Förderung von Schweizer Produkten und Dienstleistungen. Das seit 1917 bestehende Label der Armbrust ist sowohl in der Schweiz, als auch in wichtigen Exportländern geschützt. Produkte und Dienstleistungen unsere Mitglieder stehen für Schweizer Qualität, Tradition, Zuverlässigkeit und Sicherheit.

Folgen Sie uns auf den sozialen Medien!

swisslabel.ch

# Kostenloser Eco-Check für KMU. Zusammen immer besser.

Mehr auf [zkb.ch/kmu-nachhaltigkeit](https://zkb.ch/kmu-nachhaltigkeit)



 Zürcher  
Kantonalbank

KOLUMNE  
LUDWIG HASLER



Philosoph, Physiker, Autor  
lhasler@duebinet.ch

Jürgen Klopp, der Fussballtrainer, trieb einst Borussia Dortmund zur Deutschen Meisterschaft, seither revitalisiert er Liverpool als Spitzenteam. Nun will er Pause machen – prima Gelegenheit herauszufinden, was seinen legendären Führungsstil erfolgreich machte – und ihn vielleicht auch in Unternehmen nachahmenswert. Klopp gilt als Paradebeispiel eines lockeren, coolen Typs, der mit seinen Spielern auf Augenhöhe verkehrt, der weiss, es kommt mehr auf Kommunikation und Vertrauen an als auf Autorität. Die Fussballwelt brütet – wie jede Welt, die nach Führung verlangt – laufend Moden und Methoden aus, die dann eine Zeitlang wie Dogmen kursieren. Mal ist man felsenfest überzeugt, ein Trainer müsse innovativ und sozial sein; denn eine intelligente neue Spielergeneration wolle überzeugt werden, nicht herumkommandiert. Mal glaubt man: Der Trainer muss souverän bis

## Bitte bekloppt! Von Jürgen Klopp lernen

autoritär sein; denn Spieler brauchen Halt und Sicherheit. In Wahrheit muss natürlich ein Trainer sein wie Jürgen Klopp: innovativ und sozial plus souverän und autoritär. Warum kapiert man das nicht? Man wittert (korrekt) in jeder «Autorität» ein Stück „Macht“ und glaubt (naiv), «sozial» sei irgendwie rein «empathisch», also machtfrei. Als wäre (1.) Macht etwas Grundübles, als wären (2.) Empathie und Macht pure Gegensätze – und nicht wechselseitige Stützen. Klopp kapiert das naturtalentmässig. Er gibt sich gern als Kumpel, nennt seine Spieler «meine Jungs», lässt sich mit seinem Spitznamen «Kloppo» anreden. Freundschaft und Begeisterung sind Antriebskräfte der Arbeit, erzeugen eine machtfreie Sphäre. Es sieht aus, als wären alle vom kollektiven Spirit berauscht. Dieser Spirit stammt aus Klopps klaren Spielideen – wohl mehr noch aus seinem Charakter. Anders als die Rasenschach-Spezialisten wirkt er komplett natürlich, auf eine radikale, mutige, ein bisschen wahnsinnige Art. Er ist so selbstsicher, dass er sich zutraut, der ganz normale

Kloppo zu sein. Das überträgt sich auf seine Spieler, die es normal finden, wie verrückt zu rennen, jederzeit zum Äussersten zu gehen – und dabei noch Spass zu haben. Das ist die eine Seite. Die andere sieht so aus: Klopp duldet nicht die geringste Abweichung von dieser charakterlichen Einheit. «Arschlöcher werden bei uns sofort verkauft, da kann einer noch so überraschend kicken.» Wer ein «Arschloch» ist, bestimmt Klopp. Unter seiner hemdsärmeligen Eloquenz verbirgt sich ein rigider Wille zur Macht. Wer dem Pfad der Kloppo-Euphorie nicht bedingungslos folgt, fliegt raus. Dieser angeblich lockere Trainertyp kommt ohne Macht nicht aus. Er weiss nur: Sie wirkt umso effizienter, je weniger sie nach Unterdrückung schmeckt. Anstelle von Befehl und Gehorsam tritt eine komplexe Allianz aus Leidenschaft, Drill, Spass. Klopp stachelt den verschworenen Teamgeist an, der wiederum verführt zu einem Höchstmass dessen, was sonst als «Selbstausschüttung» verpönt ist. Klopp verlangt den ganzen Menschen. Warum gelingt ihm das? Weil er selber so einer ist.

Anzeige

 Ein Angebot vom Netzwerk Standortförderung

### ZÜRCHER KMU INNOVATIONSTAG

GEMEINSAM ZUKUNFTSFÄHIG:  
SPIELRÄUME ERKENNEN  
UND HANDELN

**4. Juli 2024**  
08.30 bis 17.00 Uhr  
ZHdK Toni Campus

Zum Programm und zur Anmeldung  
[www.kmu-innovation.zuerich](https://www.kmu-innovation.zuerich)



Programmpartner  Zürcher Kantonalbank

Medienpartner  RAD10



Wenn Vertrauen zählt.

Unsere Mitglieder  
stehen für Qualität.

TREUHAND | SUISSE

[www.treuhandsuisse-zh.ch](https://www.treuhandsuisse-zh.ch)  
Schweizerischer Treuhänderverband  
Sektion Zürich



# Spielregeln des neuen Vergaberechts

Wer sich für Aufträge der öffentlichen Hand bewirbt, hat einen erheblichen Aufwand zu betreiben. Wenn der Zuschlag an eine andere Unternehmung geht, will man mindestens verstehen können, wieso dies so ist. Dabei hilft es, sich das Nachfolgende zum neuen Vergaberecht in Erinnerung zu rufen.



**Katharina Seiler Germanier**  
lic. iur.  
Senior Beraterin  
Federas  
Beratung AG

Das Vergaberecht wurde geschaffen, um den Wettbewerb zu fördern. Die Gelder der öffentlichen Hand sollen ab bestimmten Auftragssummen unter Beachtung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung der Anbieterinnen und Anbieter eingesetzt und ein wirksamer und fairer Wettbewerb unter den Unternehmungen gefördert werden. Dies bringt mit sich, dass die Vergabestellen bei Auswahl der Lieferanten Regeln befolgen und den Auftrag ausschreiben müssen, statt ihn etwa wieder der Firma zu erteilen, mit der sie schon lange zusammenarbeiten.

Die Regeln basieren auf dem General Procurement Agreement (GPA), dem die Schweiz im Rahmen der WTA beigetreten ist. Ge-regelt werden die Verfahren für die Schweiz u.a. in Bestimmungen, die für die Beschaffungen des Bundes gelten und solche, die für die Beschaffungen anderer öffentlicher Körperschaften wie Kantone und Gemeinden, aber auch Zweckverbände gelten (Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen, IVöB, und Submissionsverordnungen).

## IVöB: Wichtige Änderungen

Am 1. Oktober 2023 ist im Kanton Zürich die neue IVöB (auch IVöB 2019 genannt) in Kraft getreten. Die neue IVöB gleicht die kantonalen Vergaberegeln an diejenige des Bundes an und schreibt vieles fest, was die Rechtsprechung bei der Anwendung der bisherigen Regeln entwickelt hat. Nachfolgend sollen wichtige Änderungen und Spielräume bei der Anwendung des Vergaberechts mit Fokus auf die KMU dargestellt werden.

Die Grundeinteilung der Verfahrensarten in freihändiges Verfahren, Einladungs- und öffentliches bzw. selektives Verfahren ebenso wie diejenige der Auftragsarten in Liefer-, Dienstleistungs- und Bauhaupt- und Baunebenaufträge bleibt erhalten. Neu müssen auch für Lieferaufträge (wie für die anderen Auftragsarten) ab einem Wert von 150 000 Franken Einladungsverfahren durchgeführt werden (bisher 100 000 Franken).

Für jüngere Firmen wichtig ist: Im Eignungsprofil darf nicht mehr verlangt werden, dass die Firmen Erfahrung mit öffentlichen Aufträgen haben. Weiter muss die Gewichtung der Zuschlagskriterien neu in Prozentzahlen bekannt gegeben werden. Dabei muss der Preis nicht das am höchsten gewichtete Kriterium sein, denn der Zuschlag muss neu an das vorteilhafteste Angebot gehen, nicht mehr an das wirtschaftlich günstigste. Zudem darf die Vergabestelle im Kanton Zürich das Kriterium «unterschiedliches Preisniveau in den Ländern, in welchen eine Leistung erbracht wird» berücksichtigen (Preisniveaunklausel). Allerdings muss die Vergabestelle dafür über offizielle Daten für den Preisvergleich und dessen Einrechnung verfügen. Nicht zuletzt sollen Firmen, die Lernende ausbilden, bei der Bewertung mit 5 bis 10 Prozent belohnt werden.

Bei der Beurteilung muss bei ungewöhnlich niedrigen Angebotspreisen nachgefragt werden, ob die Anbieterin die Teilnahmebedingungen einhalten kann und die Anforderungen des Auftrags verstanden wurden. Angebote unter dem Gestehungspreis sind aber weiterhin zulässig. Ausserdem können Angebote so bereinigt werden, dass sie vergleichbar werden (z. B. betreffend technische Details). Dies darf aber nicht zu Preisverhandlungen führen. Die Begründung des Zuschlags muss u. a. den Namen des berücksichtigten Anbieters, den Gesamtpreis sowie die massgebenden Merkma-

le und Vorteile des berücksichtigten Angebots beinhalten.

Ist der Zuschlag erteilt, gilt neu eine Anfechtungsfrist von 20 Tagen (nicht mehr 10 Tage). Wichtig ist, dass die anfechtende Unternehmung verlangt, dass die Beschwerde aufschiebende Wirkung erhält. Nur dann darf die Vergabestelle noch keinen Vertrag mit der Zuschlagsempfängerin abschliessen und nur dann hat die Beschwerdeführerin bei Gewinn Chancen auf eine Auftragserteilung.

## Spielräume der Vergabestellen

Die Vergabestellen haben vor allem bei der freihändigen Vergabe (bei allen Aufträgen bis zu einem Wert von 150 000 Franken, im Bauhauptgewerbe sogar bis zu einem Wert von 300 000 Franken) einen grossen Spielraum. Zwar muss die öffentliche Hand, die bekanntlich Steuergelder aus-

**«Je höher die Auftragssummen, desto strenger sind die Vergabeverfahren.»**

**Katharina Seiler Germanier**  
Federas Beratung AG

gibt, dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit folgen und dafür sorgen, dass sie nicht zu viel für eine Leistung ausgibt. Dafür muss sie auch vor Rechnungsprüfungskommissionen geradestehen. Wie im Einladungsverfahren (Auftragswerte bis 250 000 bzw. 500 000 Franken) kann sie zwei oder drei lokale Unternehmungen einladen. Im Einladungsverfahren müssen Offertunterlagen vorbereitet werden, worin u. a. die Eignungs- und Zuschlagskriterien festgelegt werden. Das freihändige Verfahren ist dagegen vollständig formlos und sogar ohne Vergleichsofferten durchführbar.

Zudem dürfen die Vergabestellen ausnahmsweise auch Aufträge mit höheren Auftragssummen freihändig vergeben. Dies ist

vorab möglich, wenn aufgrund von technischen oder künstlerischen Besonderheiten des Auftrags oder zum Schutz des geistigen Eigentums nur ein Anbieter in Frage kommt, wenn unvorher-sehbare Ereignisse die Beschaffung sehr dringlich machen und wenn der Wechsel des Anbieters aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen nicht möglich ist, erhebliche Schwierigkeiten bereiten oder substanzielle Mehrkosten mit sich bringen würde.

Ausserdem haben die Vergabestellen einen grossen Ermessensspielraum bei der Formulierung der Eignungs- und der Zuschlagskriterien. Wenn der Preis nicht allzu stark gewichtet wird, können Kriterien wie Qualität, Servicebereitschaft, Kundendienst, Innovation, Nachhaltigkeit, Plausibilität des Angebots etc. berücksichtigt werden. Nur bei standardisierten Produkten muss der Preis über 50 Prozent bewertet werden, ansonsten kann seine Bewertung bis auf 20 Prozent (bei komplexen Aufträgen) oder 30 Prozent gesenkt werden. Das sorgt dafür, dass der Auftrag nicht dem billigsten Anbieter erteilt werden muss.

## Zusammenfassung

Das Thema «öffentliche Beschaffung» ist ein weites Feld. Wichtig ist: Je höher die Auftragssummen, desto strenger sind die Vergabeverfahren. Aber auch in Fällen mit grossen Auftragssummen haben die Vergabestellen die Möglichkeit, die Zuschlagskriterien so zu setzen, dass der Zuschlag nicht automatisch an das niedrigste Angebot erteilt werden muss. Ausserdem müssen die Vergabestellen bei ungewöhnlich niedrigen Angeboten und anderen Unklarheiten in einem Angebot nachfragen und allenfalls die Angebote bereinigen bzw. vergleichbar machen. Nicht zuletzt müssen sie den Zuschlag nachvollziehbar begründen, sodass eine schlechter bewertete Firma eher einschätzen kann, ob der Zuschlag zu Recht erfolgt ist.

# Stolpersteine beim Testament

Das Testament ist – neben dem Erbvertrag – jenes Mittel, mit dem der Erblasser auf seinen Todesfall hin Anordnungen gültig treffen kann. Dabei bestehen sowohl bezüglich Form als auch Inhalt gewisse Schranken, die zu beachten sind.



**Rolf Ringger**  
Partner bei der  
Anwaltskanzlei  
BEELEGAL und  
publiziert  
Ratgeberbeiträge  
in der «Zürcher  
Wirtschaft».

Das Zivilgesetzbuch (ZGB) sieht hauptsächlich zwei Arten von letztwilligen Verfügungen vor, so die öffentliche letztwillige Verfügung und die eigenhändige letztwillige Verfügung. Erstere ist – unter Mitwirkung zweier Zeugen – öffentlich zu beurkunden, Letztere vom Erblasser von Anfang bis zu Ende mit Einschluss von Ort und Datum der Errichtung von Hand niederzuschreiben und mit seiner Unterschrift zu versehen. Leidet die letztwillige Verfügung an einem Formmangel, so wird sie auf Klage hin für ungültig erklärt. Gleiches gilt bei inhaltlichen Mängeln. Ist der Mangel schwerwiegend, ist die Anordnung gar nichtig.

## Eigenhändigkeit

Eigenhändigkeit bedeutet, dass der Erblasser das Testament selbst schreiben muss. Weder darf seine Hand bei der Niederschrift von einem Dritten geführt werden, noch erfüllen maschinengeschriebene Testamente das Erfordernis der Eigenhändigkeit. Zudem sollte die Schrift entzifferbar sein. Wird das Testament auf mehreren Seiten verfasst, empfiehlt es sich, diese zu nummerieren.

Problematisch ist das Errichten eines gemeinsamen handschriftlichen Testamentes, bei welchem eine Person den Text von Hand niederschreibt und die andere Person an gewissen Stellen von Hand ihren Namen einsetzt und am Ende ebenfalls mitunterzeichnet. Ein solches Testament ist höchstens für jenen Erblasser (form-) gültig, aus dessen Feder es stammt. Für jene Person, die lediglich ihren Namen an gewissen Stellen eingefügt und es am Ende mitunter-



Die Rechte bei Werkmängeln sind im OR geregelt.

zeichnet hat, liegt hingegen kein formgültiges Testament vor.

## Unterschrift

Die Unterschrift ist am Ende des von Hand niedergeschriebenen Textes mit dem vollen zivilrechtlichen Namen zu leisten. Eine Kurzform ist nicht zu empfehlen, weil dies eher auf einen Entwurf hindeutet. Ungenügend sind ferner digitale Unterschriften oder solche mittels Stempel. Als unzureichend erwies sich auch, wie das Bundesgericht kürzlich entschieden hat, der vom Erblasser von Hand geschriebene Vor- und Nachname auf jenem Briefumschlag, in welchem das (nicht unterschriebene) Testament aufbewahrt wurde. Wohl kann die Unterschrift auf einem anderen Blatt grundsätzlich genügen, wenn dieses eine Einheit mit dem Testament darstellt. Es genügt deshalb ein mehrseitiges Testament am Schluss zu unterzeichnen; es muss nicht jede Seite unterzeichnet werden.

## Ort und Datum

Liegt der Mangel einer eigenhändigen letztwilligen Verfügung darin, dass Jahr, Monat oder Tag nicht oder unrichtig angegeben sind, so ist sie nur dann formungültig, wenn sich die erforderlichen zeitlichen Angaben nicht auf andere Weise feststellen lassen und das

Datum für die Beurteilung der Verfügungsfähigkeit, die Reihenfolge mehrerer Verfügungen oder einer anderen, die Gültigkeit der Verfügung betreffenden Frage notwendig ist.

## Höchstpersönlichkeit

Gemäss dem (ungeschriebenen) Grundsatz der materiellen Höchstpersönlichkeit muss der Erblasser den massgeblichen Inhalt seiner Anordnungen selber festlegen. Eine Delegation seiner Verfügungsbefugnis ist unzulässig. Auch wenn die Tragweite dieses Grundsatzes unter den Juristen nicht ganz klar ist, ist das Bundesgericht diesbezüglich streng. So wird im Zusammenhang mit Erbeinsetzungen und Vermächtnissen verlangt, dass die Erben bzw. Vermächtnisnehmer vom Erblasser selber bestimmt werden oder zumindest aufgrund seiner Verfügungen bestimmbar sind. So hat es das Bundesgericht als unzulässig erachtet, den Entschneider, welche von zwei Institutionen eine Nachlassliegenschaft zu Eigentum erhalten sollen, anderen Personen zu überlassen, oder die Festlegung der Details einer Begünstigung vollumfänglich an den Willensvollstrecker zu delegieren.

Hat der Erblasser einen gesetzlichen oder eingesetzten Erben

mit einer Auflage belastet, d.h. mit der Verpflichtung, etwas zu tun oder zu unterlassen, so müssen, um dem Grundsatz der Höchstpersönlichkeit zu genügen, mindestens zwei der nachfolgend genannten drei Parametern vom Erblasser selber genügend bestimmt worden sein: (i) der Gegenstand, d.h. die Leistung, (ii) der Zweck der Leistung, (iii) die Destinatäre.

In einem kürzlich zu beurteilenden Testament verfügte der Erblasser Folgendes: «Nach Bezahlung aller Unkosten sollen zu je 50% meine Brüder X und Y die Summe an Stiftungen - Heime - Institutionen vererben.» Eine solche Verpflichtung erweist sich als ungültig, weil die damit verbundene Zweckbestimmung «... die Summe an Stiftungen - Heime - Institutionen vererben» zu allgemein formuliert ist. Der Erblasser hätte, um eine gültige Anordnung zu treffen, zumindest noch angeben müssen, was für Zwecke diese «Stiftungen – Heime – Institutionen» verfolgen sollen (z.B. «im Umweltbereich tätige Stiftungen - Heime – Institutionen»). Auch hat der Erblasser im Testament nicht angegeben, ob diese Stiftungen, Heime und Institutionen überhaupt einen gemeinnützigen Zweck verfolgen müssen oder ob irgendein Zweck genügt (z.B. auch ein Jass- oder Kegelclub). Nach der testamentarischen Anordnung war alles offen. Damit waren weder die Destinatäre noch der Zweck in genügender Weise bestimmt. Eine solche Anordnung stellt deshalb für die Erben lediglich einen rechtlich nicht bindenden Wunsch des Erblassers dar.

Diese Ausführungen zeigen, dass die Errichtung eines Testaments mitunter komplex sein kann. In nicht ganz einfachen Fällen ist es deshalb ratsam, für die Formulierung des Testaments einen Fachmann beizuziehen. Nur so besteht Gewähr, dass die getroffenen Anordnungen später auch durchsetzbar sind.

# Der Migros neue Kleider

Was würde wohl Dutti zu seiner Migros sagen? Man weiss es nicht, kann es sich aber ausmalen, wenn Probleme vor sich her geschoben werden statt gelöst. Seit Jahrzehnten weiss das Management, dass die Struktur der Migros mit 10 regionalen Genossenschaften mit 10 Regionalfürsten ihr Problem No.1 darstellt. Seit Jahren geben sich Beratungsunternehmen die Klinke in die Hand. Sie sollen die leicht adipöse Migros fit trimmen, aber ohne die grossen Strukturen anzurühren. Also abnehmen, trotz weiterfuttern! Übersetzt heisst das: In jeder Genossenschaft gibt es einen Generaldirektor, eine Finanzabteilung, ein HR, eine Bauabteilung, etc. Das ist so gewollt, weil die Regionalfürsten auch im 24köpfigen Verwaltungsrat der Migros sitzen, welche eigentlich die 10 Genossenschaften auflösen müsste. Aber wer schafft sich schon selbst ab? Deshalb wird an diesen Sitzungen seit Jahren das Märchen «Des Kaisers neue Kleider» gespielt... denn alle wissen, dass sie eigentlich keine Kleider anhaben. So geschehen zuletzt, als der Verwaltungsrat auf 11 Personen reduziert wurde, davon 5 Regionalfürsten und ein Mitarbeitervertreter.

## DER WADENBEISSER



Das Gremium ist nun zwar kleiner, aber von Governance nach wie vor keine Spur. Die neue gemeinsame Supermarkt AG mit Konzentration aufs Kerngeschäft soll nun das Heil bringen. Tönt gut, doch Geschlossenheit geht anders. MElectronic sollte als Ganzes mit dem gesamten Filialnetz verkauft werden. Noch bevor ein erster Käufer seine Fühler ausstreckt, schliessen zwei Genossenschaften eigenmächtig erste Filialen... Die Strategie dahinter lautet offenbar «jeder macht, was er will!» Man kann die jüngste Geschichte der Migros auch anekdotisch erzählen: Der Leiter des

Rechtsdienstes mochte vor einer Dekade im Leben kreativer sein und sein Flair für schöne Dinge im Leben verwirklichen. Dies gelang trotz mangelndem Detailhandleistungsanspruch elegant, weil sein in Deutschland vorbe-strafter Joggingkollege aus der Migros-Generaldirektion ihm den Job als CEO von Interio zuschanzte. Zur gleichen Zeit bewarb sich ein Mc Kinsey Berater mit zweijährigem Migros-Leistungsausweis als CEO von Micasa. Er bekam den Job nach einem vertieften Assessment. Und das Ende der Geschichte: der Jurist fährt Interio an die Wand. Das einst tolle Möbelhaus gibt es nicht mehr. Der ehemalige Mc Kinsey-Mann bringt Micasa wieder auf die Erfolgsspur... Die traditionsreiche, einst innovative Migros mit seinen tollen Mitarbeitern in den Verkaufsfilialen hat Besseres verdient. Unter dem Stichwort «Konzentration aufs Kerngeschäft» wurde mit dem Glattzentrum jüngst für eine Milliarde weiteres Tafelsilber verschelbelt. Das verheisst nichts Gutes: Denn solange noch Geld in der Kasse liegt, wird im obersten Management die nächsten Jahre das Märchen «der Migros neue Kleider» weitergespielt.

Anzeige

# Schädliche Risiken und Nebenwirkungen

## NEIN zu Kostenbremse-Initiative – Gegenvorschlag ist vernünftig

- Bürokraten entscheiden**  
Die Kostenbremse-Initiative rationiert die Medizin. Sie ist eine Behandlungsbremse. Versicherte werden aus Kostengründen nicht mehr behandelt. Bürokraten verweigern notwendige Eingriffe.
- Kranke müssen warten**  
Die Kostenbremse-Initiative bremst die Gesundheitsversorgung aus. Wer sich keine teure Privatversicherung leisten kann, muss bei Krankheit warten.
- Ungesunder Kostendeckel**  
Weil sich der Kostendeckel der Kostenbremse-Initiative an der Konjunktur orientiert, werden Behandlungen bei schlechter Wirtschaftslage eingeschränkt. Das ist absurd.

Deshalb: 2x NEIN zu den Gesundheitsinitiativen

www.gesundheitsinitiativen-nein.ch

Am 9. Juni



## IMPRESSUM

Mitteilungsblatt für die Mitglieder des KMU- und Gewerbeverbands Kanton Zürich

**Herausgeber**  
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich  
Ilgenstrasse 22, 8032 Zürich  
Tel. 043 288 33 66, Fax 043 288 33 60

**Redaktion**  
zuercherwirtschaft@kgv.ch  
Telefon 043 288 33 66  
Mitarbeiter: Anna Birkenmeider, Gerold Brüttsch-Prévôt, Ludwig Hasler, Barbara Rüttimann, Bruno Sauter, Marcel Vollenweider

**Chefredaktor**  
Mark Gasser, Zürcher Wirtschaft  
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich  
Ilgenstrasse 22, 8032 Zürich  
Tel. 043 288 33 66, Fax 043 288 33 60  
mark.gasser@kgv.ch

**Zürcher Wirtschaft**  
Total verbreitete Auflage: 26'943 Expl.  
(WEMF), davon verkauft: 16'178 Expl.  
Erscheinungsort: Zürich  
Erscheinungsweise: 11 Mal pro Jahr  
Nachdruck unter Quellenangabe gestattet  
Belegexemplare erbeten

**Gestaltung/Produktion**  
Markus Zeller/Mark Gasser

**Druck**  
CH Media Print AG

**Anzeigenverwaltung**  
DaPa Media Vermarktungs GmbH  
Wohlerstrasse 15, 5620 Bremgarten  
056 648 86 99  
zw@dapamarkt.ch

**Annahmeschluss für Inserate**  
Jeweils zwei Wochen vor Erscheinung

**Adressänderungen**  
Bitte direkt an den Herausgeber:  
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich  
Ilgenstrasse 22, 8032 Zürich  
info@kgv.ch / www.kgv.ch  
Bitte Nummer über Adressaufdruck angeben

# TOP-ADRESSEN DIE GÜNSTIGSTE ART ZU WERBEN!

BUCHEN SIE UNTER: zw@dapamedia.ch

### ABDECKPLATTEN/HÜLLEN/ZELTE

**Blacho-Tex AG** – 5607 Häglingen AG  
Schutzhüllen + Seitenwände aller Art  
Tel. 056 624 15 55 – www.blacho-tex.ch

### ANZEIGENMARKETING u. MEDIEN

**bachmann printservice gmbh**  
8604 Volketswil, Hölzliinstrasse 5  
Telefon 044 796 14 44  
info@bps.zuerich. www.bps.zuerich

### GARTEN- UND LANDSCHAFTSBAU

**schädeli gartenbau ag**  
Gartenpflege, Gartenbau  
8046 Zürich, Kugelilostrasse 39  
Telefon 044 371 41 30  
gartenbau@schaedeli.ch  
www.schaedeli.ch

### BEKLEIDUNG UND WERBEARTIKEL

**Jim Bob** – Fohlochstr. 5A – 8460 Marthalen  
Telefon 052 305 40 00  
info@jimbob.ch – www.jimbob.ch

### RUNDKIES/SAND/SPLITT

**Philipp Aeberhardt Transporte**  
ph.aeberhardt@bluewin.ch  
Telefon 079 673 03 41  
Franko Baustelle geliefert

### HAUSWARTUNGEN

**sf home + garden ag**  
Facility Service, Hauswartungen  
8050 Zürich, Kugelilostrasse 48  
Telefon 044 313 13 44  
info@home-garden-ag.ch  
www.home-garden-ag.ch

### DACHDECKER/SPENGLER

**Staudacher + Söhne AG**/044 421 20 10  
Dachreparaturen + Flachdachsanieierung  
www.staudacher-soehne.ch

### SCHÄDLINGSBEKÄMPFUNG

**Tauben-Marderabwehr**  
www.ratech.ch – 044 241 33 33

### TOP-ADRESSEN Preise:

Rubrikzeile gratis!  
3 Zeilen 324.– (pro Jahr) Auswahl 8 Farben  
4 Zeilen 432.– (pro Jahr)  
5 Zeilen 540.– (pro Jahr)  
6 Zeilen 648.– (pro Jahr)  
(max. 35 Zeichen je Zeile)

### Rabatte/Zuschläge:

Titelseite (49 x 56 mm):  
710.– Normalauflage  
1770.– Grossauflage

Editorial-Seite (49 x 56 mm):  
420.– Normalauflage  
620.– Grossauflage

### Platzierungszuschläge:

2. Umschlagsseite  
Text-Platzierung: +20%

### Beraterkommission: 10%

### Aufkleber Titelseite:

(inkl. Werbewert, techn. Kosten, Porto)  
Normalauflage 5950.–  
Grossauflage 8400.–

### Mengenrabatte:

3-mal 5%      11-mal 15%  
6-mal 10%      BK 10%

## Inserateverkauf

ab 1. Januar 2024



DaPa Media Vermarktungs GmbH  
Wohlerstrasse 15  
5620 Bremgarten  
Tel. +41 56 648 86 99  
zw@dapamarkt.ch  
www.dapamarkt.ch

Fokus im Mai: Datenschutz, Sicherheit, Risiken bei KMU

# Zürcher Wirtschaft

### Highlights der nächsten Ausgabe:

Ein Grosser tritt ab: Peter Bernhard war rund 20 Jahre lang im Vorstand des gid in Dietlikon und 10 Jahre als dessen Präsident im Einsatz.

Streng geheime Dokumente, die geschreddert werden müssen, Trümmer von Rosenkriegen und herum liegende Sexspielzeuge: Eine Putzfrau packt aus.

Cyberversicherungen: Für Kunden wie auch für Versicherungen sind sie attraktiv – noch. Angriffe und Schäden steigen aber an und verunsichern die Branche.

### Redaktionsschluss:

11. April 2024

### Anzeigenschluss:

12. April 2024

### Inserate:



DaPa Media Vermarktungs GmbH  
Tel. +41 56 648 86 99  
zw@dapamarkt.ch  
www.dapamarkt.ch





Bild: Shutterstock.com/am741002

## Klimaangepasste Siedlungsentwicklung: Zurückhaltung bei der kommunalen Umsetzung angezeigt

**Am 8. April 2024 hat der Kantonsrat in zweiter Lesung die Revision des Planungs- und Baugesetzes betreffend klimaangepasste Siedlungsentwicklung beraten und in der Schlussabstimmung angenommen. Der HEV Kanton Zürich erwartet, dass die Gemeinden die neuen Instrumente zurückhaltend anwenden. Denn mit einer pragmatischen Umsetzung können die Gemeinden dazu beitragen, dass die von der Politik geforderte Verdichtung nach innen und die bauliche Entwicklung in den Städten nicht zusätzlich erschwert wird.**

Mit der Vorlage sollen die Gemeinden verschiedene Instrumente erhalten, um dem Klimawandel auf lokaler Ebene zu begegnen und das Siedlungsgebiet stärker zu begrünen. Dazu zählen diverse planerische und bauliche Massnahmen. So sollen die Gemeinden etwa die Möglichkeit erhalten, zonen- und gebietsweise den Erhalt und Ersatz von Bäumen ab einem Stammumfang von 100 cm vorzuschreiben – auch auf Privatgrundstücken.

Zur Förderung der Bepflanzung auf privaten Grundstücken sollen mit einer Änderung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch zudem die Pflanzabstände verringert werden, was zu nachbarschaftlichen Konflikten führen kann. Neu sollen gegen den Willen des Nachbarn grosse Bäume nicht näher als 4 Meter (bisher: 8 Meter) und bei kleinen Bäumen nicht näher als 2 Meter (bisher: 4 Meter) an die nachbarliche Grenze gepflanzt werden dürfen. Um die von der Baudirektion und vom Kantonsrat angestrebten Ziele einer stärkeren

Begrünung des Siedlungsgebietes und der Stärkung des Lokalklimas zu erreichen, sollen die Gemeinden sodann zonen- und gebietsweise Vorgaben zur Begrünung von Flachdächern machen dürfen.

### Verschärfte Bauvorschriften verkomplizieren und verteuern das Bauen

Der HEV Kanton Zürich steht der Gesetzesrevision kritisch gegenüber, können doch die Gemeinden mit den neuen Kann-Vorschriften fortan teilweise stark in die Eigentums- und Gestaltungsfreiheit von Haus- und Grundeigentümern eingreifen. Auch wird mit den neuen Bauvorschriften die bereits hohe Regelungsdichte und administrative Komplexität beim Bauen weiter erhöht, was zu höheren (Bau-)Kosten und bei vermieteten Liegenschaften zu höheren Mieten führen dürfte.

Damit der vom Gesetzgeber ergangene raumplanerische Auftrag der Verdichtung nach innen durch die neuen Gesetzesbestimmungen nicht verunmöglicht wird, war es für den HEV Kanton Zürich wichtig, dass die bauliche Entwicklung in den städtischen Zentren möglich bleibt. Der Kantonsrat hat denn auch bereits in der ersten Lesung die vom Regierungsrat und der Klima-Allianz vorgeschlagene Unterbauungsziffer abgelehnt. Der HEV Kanton Zürich begrüsst diesen Entscheid. Damit können Haus- und Grundeigentümer – auch unterirdisch – trotz der neuen Einschränkungen und Vorschriften weiterhin bis an die Grundstücksgrenze bauen.

### HEV Kanton Zürich fordert zurückhaltende Umsetzung

Damit Haus- und Grundeigentümer auch in Zukunft ein Interesse daran haben, in Eigeninitiative zu einer attraktiven, durchgrünten Umgebungsgestaltung beizutragen und diese zu erhalten, erwartet der HEV Kanton Zürich, dass die Gemeinden die vom Kantonsrat beschlossenen Änderungen des Planungs- und Baugesetzes in ihren Bau- und Zonenordnungen mit grösster Zurückhaltung anwenden. Damit können die Gemeinden zudem auch einen wertvollen Beitrag zur raumplanerisch erwünschten inneren Verdichtung und zur Wohnraumproduktion in den städtischen Zentren leisten.

### Wie viel politischer Druck ist noch legitim?

«Stadt kauft einem privaten Investor Land ab»: Was war daran so besonders, dass es dem «Tagesanzeiger» überhaupt eine Schlagzeile wert war? Das wird einem klar, wenn man die entsprechende Schlagzeile in der NZZ liest: «Nach politischem Druck gibt Swisscanto der Stadt Zürich Bauland für 211 Millionen Franken ab». Wie sich das Ganze im Detail abgespielt hat, weiss man nicht so genau. Die direkt Involvierten hüllen sich in Schweigen. Es würde einen jedenfalls schon etwas wundern, wenn ein Grossinvestor nach rund 5 Jahren Planung, einem zweistufigen Studienauftrag und aufwendigen Abklärungen im Quartier ein baureifes Projekt einfach so aufgegeben haben sollte.

Grosse Bauvorhaben haben es in Zürich bekanntlich schwer. Die Liste der gescheiterten Wohnüberbauungen ist mittlerweile ziemlich lang. An Fallstricken fehlt es nicht. Und dass Argumente wie z.B. der Lärmschutz hin und wieder aus eigennütigen Gründen missbraucht werden, ist beileibe keine Zürcher Spezialität. Verantwortlich für das Scheitern war denn auch nicht immer die Stadt. Der Stadtrat bot im Gegenteil oft Hand für praktikable Lösungen. Aber eine ganz andere Gesinnung herrscht im Gemeinderat. Manchmal erinnert sie durchaus an den Erbkönig: «Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt.» Mit dem Erfolg, dass das Projekt am Ende so tot ist wie dort das Kind.

Von dieser Haltung sind Investoren offensichtlich eingeschüchtert. Der Gedanke, dass im Falle Harsplen schon erste Anzeichen, dass der Gemeinderat seine Zustimmung zu einem für die Zufahrt notwendigen geringfügigen Landabtausch verweigern könnte, Swisscanto zur Aufgabe bewegen hat, scheint jedenfalls nicht abwegig. Wie es nun weitergeht, bleibt abzuwarten. Der Landabtausch dürfte ja nun nicht mehr nötig sein, der Realisierung des Projekts stünde damit wohl nichts mehr im Wege.

Für den Wohnungsbau verheisst das nichts Gutes. Für den privaten sowieso nicht, und wer möchte sich schon auf Verhandlungen mit der Stadt einlassen, wenn er damit rechnen muss, dass ihm nach jahrelanger Planung der Gemeinderat einen Strich durch die Rechnung macht? Zwar könnte diese Methode Links-Grün helfen, ihrem Drittelsziel näherzukommen, mehr Wohnungen als wenn Private bauen entstehen so aber nicht.



Albert Leiser, Direktor  
Hauseigentümergebiet Kanton Zürich